

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

284 (7.12.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Wochensunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S, Samstags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 22 S, auswärts u. Kollektivanz. 28 S, Reklame 1 M. Annahmeschluss 8 Uhr vorm.

Ausgabe: Wertags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Radel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Der Rücktritt des Kabinetts Luther — Was nun?

Das Kabinett Luther ist am Samstag zurückgetreten, ganz programmäßig, wie es angekündigt worden war. Das Kumpfkabinett führt bis zur erfolgten Neubildung einer Reichsregierung die Geschäfte weiter. Das große Rätselraten, was nun geschehen soll, besser gesagt, geschehen kann, hat aufgehoben. Die bürgerliche Presse ist schon hart damit beschäftigt, sich in Betrachtungen über Lösungsmöglichkeiten zu ergehen. Die sozialdemokratische Presse, die bisher absichtlich mit solchen Erörterungen zurückgehalten hat, greift nunmehr ebenfalls in die Diskussion ein. Wir haben am Samstag den Artikel erwähnt, den der Reichstagsabgeordnete Genosse Sollmann, der ja dem Kabinett der Großen Koalition unter Stresemann angehört hat, veröffentlicht hat. Sollmann ist gegen die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Großen Koalition. Das „Hamburger Echo“ wendet sich ebenfalls gegen eine Große Koalition und glaubt, die Reichstagsfraktion aufs entschiedenste vor der gegenwärtigen Wiederholung eines solchen Experiments warnen zu müssen. Unser Parteiorgan in Kiel steht in einer Beteiligung an einer Großen Koalition erhebliche Gefahren für die Partei und warnt deshalb ebenfalls. Auch unser Lübecker Parteiorgan steht der Großen Koalition ablehnend gegenüber. Unser Parteiorgan in Darmstadt kommt zu entgegengesetzten Schlüssen. Es schreibt u. a.:

„So viel steht fest, daß die Sozialdemokratie, wenn sie nicht die Deutschnationalen in der Opposition bleiben, nicht selbst auch in die Opposition gehen kann. Dazu ist die Partei mit ihren 131 Abgeordneten viel zu groß. Sie muß also, ob sie will oder nicht, aus der Opposition heraus und sich dem Regierungsbündel, der von den Mittelparteien dargestellt wird, anschließen. Dem allgemeinen Wunsch der Parteigenossen dürfte es entsprechen, diesen Anschluss aber so late wie möglich zu gestalten. Ob es den Führern unserer Reichstagsfraktion in den Verhandlungen über die Regierungsbildung, die am Freitag in ein intensives Stadium treten werden, gelingen wird, die Sozialdemokratie außerhalb der Regierung zu halten, muß abgewartet werden. Wir aber auch immer die Verhandlungen ausgeben können, als reine Oppositionspartei, die immer Nein zu sagen vermag, kann die Sozialdemokratie aus ihnen nicht heroziehen. Zum mindesten muß sie sich damit abfinden, einen Bestandteil der Regierungsbündel zu bilden, sofern sie nicht gerade den Deutschnationalen das Tor zur Macht von neuem öffnen will.“

Zu beachten ist ein Artikel des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid, in welchem offenbar auch die Auffassungen der Reichstagsfraktion im Vordergrund stehen. Wir lassen hier die Darlegungen des Genossen Breitscheid folgen:

Unverbindliche Unterhaltungen, die in der letzten Woche auf die Initiative des Zentrums hin zwischen den Führern verschiedener Fraktionen stattfanden, sind bekanntlich ausgangen an die Hornberger Schellen, vor allem, weil die Deutsche Volkspartei sich an ihnen nicht beteiligen wollte.

Daß die Sozialdemokratie diesen Konferenzen beigewohnt hat, ist in der Presse vielfach so ausgelegt worden, als ob neuerdings bei ihr die Neigung zur Großen Koalition gewachsen sei. Diese Interpretation ist irrig. Da die Reichstagsfraktion die Frage der Regierungsbildung bisher überhaupt nicht erörtert hat, fehlt jeder Anlaß für den Grad ihrer Bereitwilligkeit zur Teilnahme an irgend einer theoretisch denkbaren Kombination. Die Partei hat sich auf den Sitzungen vertreten lassen, weil die größte Fraktion des Reichstags sich einer Einladung zur Aussprache über die politische Lage und über die Möglichkeiten einer Lösung der Krisis nicht entziehen konnte. Doch auch, wenn die Deutsche Volkspartei erschienen wäre, würde man nicht über eine allgemeine Diskussion hinausgekommen sein. Eine Festlegung wäre nicht erfolgt. Die Fraktion hätte völlig freie Hand gehabt, und es ist vollkommen möglich, Vermutungen darüber anzustellen, wie sie wohl entschieden haben möchte.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Schöler, und mit ihm Herr Leicht von der Bayerischen Volkspartei, haben ihr Fernbleiben von den Vorbereitungen damit begründet, daß die Demission des Kabinetts ja noch nicht erfolgt ist und daß man dem Reichspräsidenten und der von ihm zu beauftragenden Persönlichkeit nicht vorarbeiten dürfe. Das ist natürlich nur ein Vorwand. Tatsächlich haben die beiden Gruppen den harten Kampf, es möge eine Regierung ohne die Sozialdemokratie zustande kommen und sie nehmen — wohl nicht mit Unrecht — an, daß sie sich hierbei im Einklang mit Herrn Luther befinden. Sie fürchteten sich, auch nur den Anschein zu erwecken, als begäben sie sich auf einen Weg, der von diesem Ziele abführen könne. Sie wollen den Eindruck vermeiden, als betrachteten sie den Bruch mit den Deutschnationalen als endgültig und als zerstört sie alle Brücken zu einer Wiedererlösung.

Wie aber soll nun das sozialistische Kabinett aussehen? Eine unmittelbare Rückkehr der Deutschnationalen ist selbst-

verständlich ausgeschlossen. Einmal haben diese sich selbst durch ihr Misstrauensvotum gegen das Kabinett Luther und durch ihre Behauptung, das Locarno-Gesetz sei rechtmäßig, weil es nicht mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, die Straße verbaut, und sodann würden sich Zentrum und Demokraten wohl weigern, einem Ministerium auf die Beine zu helfen, in dem wieder die Freunde des Grafen Westarp säßen. Der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei kann also nichts anderes vorzuschreiben als eine Regierung der Mitte, die, da sie aus eigener Kraft nicht zu existieren vermöchte, ihr Leben je nachdem mit der Unterstützung der Linken oder der Rechten fristen würde. Wobei man wahrscheinlich fakturiert, daß auf die Hilfe der Sozialdemokratie kaum zu rechnen sein werde, und daß sich daher ganz von selbst wieder die Fühlung mit den Deutschnationalen ergäbe.

Voraussetzung für das Gelingen dieses Planes ist die Zustimmung des Zentrums und der Demokraten. Beide Parteien aber erklären einwilligen kategorisch, ein solches Experiment nicht mitmachen zu wollen. Wenn sie bei ihrer Ablehnung verharren, könnte höchstens noch eine Ergänzung des bisherigen Kabinetts durch ansehnlich parteilose Beamte in Frage kommen, ein Ausweg, der dem nach eigener Behauptung selbst über den Parteien stehenden Herrn Luther sicherlich sehr sympathisch wäre. Traglich würde nur sein, ob und mindestens das Zentrum sich mit einem solchen Gebilde abfinden und ihm durch die berühmte wohlwollende Neutralität sein unter allen Umständen kümmerliches Dasein ermöglichen würde.

Wir dürfen heute wohl schon sagen, daß das Zentrum das nichts tun wird, ohne zuvor noch einmal den ersten Versuch gemacht zu haben, eine Regierung mit der Sozialdemokratie, also die Große Koalition, ins Leben zu rufen. So wird nach aller Wahrscheinlichkeit die Frage der Regierungsbildung an Parteiausgang und Reichstagsfraktion herangetragen. Der Entscheidung dieser Institution soll hier in keiner Weise vorgreifend werden. Nur die Grundlage, von der aus sie zu fällen ist, sei kurz skizziert.

Einmütigkeit besteht wohl darüber, daß eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien keine Frage des Primats, sondern eine der politischen Taktik ist, die je nach den Umständen beantwortet werden muß. Wir haben zu prüfen, ob wir unsern Ideal von der staatlichen Gemeinschaft und ob wir den Interessen der Arbeiterklasse jeweils besser in der Regierung oder in der Opposition dienen können, wobei von vornherein das Schlagwort abzulehnen ist, als ob positive Arbeit gleichbedeutend mit der Mitwirkung in einem Kabinett sei. Wir haben uns die Parteien anzusehen, mit denen wir zusammengepackt werden sollen, haben ihre Struktur und ihre bisherige Politik zu untersuchen und uns die Frage vorzulegen, ob wir von ihnen für die Zukunft die sachlichen und persönlichen Sicherheiten erhalten können, ohne die ein erspriechliches Zusammenarbeiten nicht denkbar ist.

Im vorliegenden Falle sind nun die Schritte, die wir aus der Vergangenheit des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zu ziehen haben, alles eher denn ermutigend. Es genügt, an die Jolls, Steuer- und Sozialpolitik des letzten Sommers zu erinnern, und was insbesondere die Deutsche Volkspartei angeht, so haben wir noch nicht vergessen, wie sie im Jahre 1923 — auch damals um der Deutschnationalen willen — die Große Koalition geschlossen hat. Die Spuren schreien. Aber in der Politik soll man nach vorwärts schauen. So handelt es sich für uns in erster Linie darum, ob eine Garantie vorhanden ist, daß wichtige Forderungen, die wir jetzt an die Gefesgebung zu stellen haben, bei einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, und insbesondere wieder mit der Deutschen Volkspartei, Aussicht auf Erfüllung haben.

Diese Forderungen ergeben sich aus unserer allgemeinen politischen Einstellung sowie aus der allgemeinen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet. Das wir mit der Partei des Herrn Stresemann in der Zustimmung zu der Unterzeichnung der Verträge von Locarno und zu dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einig waren, beweist wahrhaftig noch nicht, daß wir mit ihnen in der Lösung der Probleme übereinstimmen, die die innere Politik und gerade in der gegenwärtigen Zeit die ungeheure wirtschaftliche Krisis bieten. Wir haben daher ganz bestimmte Ansprüche zu formulieren, ohne deren Befriedigung ein gemeinsames Regieren sinnlos und zwecklos wäre.

Die Sozialdemokratie erkennt an, daß es in hohem Maße wünschenswert sein würde, eine breite Basis für eine Regierung zu finden. Sie ist, wie stets, grundsätzlich zur Hebernahme einer Mitverantwortung bereit, aber sie ist weit davon entfernt, sich nach ihr zu drängen. Stärker als das Verantwortungsgefühl, das sie zur Beteiligung in einem kabinell Kabinett bestimmt, ist das gegenüber der Masse des notleidenden und verelendenden Proletariats. Sie wird mit Freunden in der Opposition verbleiben können, wenn sie sich mit gutem Gewissen sagen darf, daß die Vorteile, die die Mitbeteiligung in der Regierung bringen könnte, nicht ausreichen, um den Wert der Zukunftsarbeit, die außerhalb der Regierung geleistet wird, aufzuwiegen. Von der Gegenseite und ihrer

Einsicht wird es abhängen, wie diese von uns ausstehende Rechnung abschließt!

Im allgemeinen decken sich unsere Anschauungen über die eventuelle Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsbildung, mit denen des Genossen Breitscheid. In der demokratischen Republik sind wir Sozialdemokraten grundsätzlich bereit, durch Teilnahme an der Regierung Verantwortung mit zu übernehmen; ob und unter welchen Bedingungen und Umständen das geschehen kann, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Wir halten den Eintritt der Sozialdemokratie in eine Regierungskoalition im gegenwärtigen Augenblick ohne sehr starke Garantien kaum für möglich, zumal die Treulosigkeit und Hinterhältigkeit der Deutschen Volkspartei doch hinlänglich erkannt und durch Tatsachen bewiesen ist. Und daß man dem volksparteilichen Führer, Herrn Dr. Stresemann, nicht über den Weg trauen darf, haben wir ja genügend erfahren. Selbst wenn der Eintritt der Sozialdemokratie nach erfolgten starken Garantien zustande käme, wäre stündlich die allergrößte Wachsamkeit gegenüber der Deutschen Volkspartei geboten. Und damit ist schon zum Ausdruck gebracht, daß ein solches Kabinett an innerer Stärke nicht gerade imponierend dastehen würde. Der Parteiausgang tagt bereits am morgigen Dienstag, um zur Lage Stellung zu nehmen, die Reichstagsfraktion dürfte am Mittwoch und den folgenden Tagen sich zu äußern haben. Zu welcher Entscheidung sie kommen wird, oder kommen kann, ist jetzt gar nicht abzusehen. Nur eins steht in jedem Falle fest: die Reichstagsfraktion steht vor einer außerordentlich schweren Entscheidung, mag sie für oder gegen die Beteiligung an einer Koalition und damit der Regierung fallen. Wir sind überzeugt, daß in vollem Bewußtsein der Schwere der Entscheidung sie auch von der Fraktion gefällt werden wird.

Bemerkenswert sind die Bestrebungen in den ganz rechts gerichteten Organen, das Zustandekommen einer Großen Koalition von vornherein zu verhindern, den Deutschnationalen die Wiederkehr in die Regierung sobald als möglich zu gestatten. Damit begegnen sie der vollen Sympathie der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei; ebenso gewissen Kreisen im Reichstagszentrum. Zu beachten ist ferner, daß ein Kabinett Luther, das aus Beamten bestehen würde, was Herrn Dr. Luther am liebsten wäre, sicher in dem Augenblick zu einer Reichstagsauflösung schreiten würde, wenn es glauben kann, die wirtschaftliche Situation sei für die Sozialdemokratie eine recht ungünstige. Es gibt besonders in der Deutschen Volkspartei einflußreiche Kreise, die wie folgt spekulieren: durch die schwere Wirtschaftskrise kann die Arbeiterchaft außerordentlich geschwächt und mit Hilfe der bürgerlichen, zum Teil vom Industrie- und Finanzkapital finanzierten Presse, gegen die Sozialdemokratie aufgepuscht werden. Die schwere Not, die Verzweiflung und Lebensangst erzeugt, eignet sich erfahrungsgemäß dazu, und der kommunistischen Rhetorik können sich Reaktion und Unternehmertum durchaus in allen Fällen verschern halten. Am Höhepunkt der wirtschaftlichen Schwächung der Arbeiterklasse angelangt, eine Reichstagsauflösung, die zu einer politischen Niederlage der Sozialdemokratie führen soll. Die Arbeiterchaft muß sich also auf die heftigsten Kämpfe einrichten, die von der folgenschwersten Bedeutung sein werden.

Um Herrn Dr. Gessler

Zumitten der Diskussion über die Neubildung einer Reichsregierung steht der Name und die Person des Reichswehrministers Dr. Gessler. Herr Dr. Gessler erfreut sich einer steigenden Sympathie in ausgesprochenen Reichstreffen und es ist richtig, daß auch das Offizierskorps der Reichswehr in der freundlichsten Weise Herrn Dr. Gessler beurteilt. Daß Herr Dr. Gessler sich um den Aufbau, wie um die organisatorische und technische Ausgestaltung der Reichswehr große Verdienste erworben hat, sei unbestritten. Er ist aber auch immer stärker in eine Geistesrichtung gelangt, die ihm besonders die Sympathien des Offizierskorps sichert. Und dieses Offizierskorps strebt mit jählicher Energie danach, dem Offizier wieder die Stellung zu verschaffen, die er zum Ansehen Deutschlands in der Monarchie eingenommen hat. Herr Dr. Gessler ist konservativer als selbst die meisten Konservativen geworden. Es ist auch, zumal in den letzten zwei Jahren, in hohem Maße seine Schuld, daß die Republikanisierung der Reichswehr zum völligen Stillstand gekommen ist; ja sogar erhebliche Rückschritte zu verzeichnen sind. Es sei zu

Neue völkische Mordheke

Gegen Hindenburg, Dr. Luther und Dr. Stresemann

gegeben, daß Herr Gessler die Neutralisierung der Reichswehr wollte; es ist aber Tatsache, daß er dabei einen Erfolg nicht erzielt hat. Er hätte ihn erzielen können, wenn er mit der sonst bei ihm bekannnten Tatkraft an diese Aufgabe gegangen wäre. Ob er tatsächlich sich mit Rücktrittsgedanken trägt? Wir glauben zu wissen, daß es ihn persönlich nach der Ruhe in den oberbayerischen Bergen zieht, wo er ein Besitztum hat, aber wir glauben auch zu wissen, daß das Bewußtsein der Macht, die unstrittig mit dem Amte des Wehrministers verbunden ist, ihn auch heute noch stark anzieht. Wir sind aus den dargelegten Gründen Gegner des Herrn Dr. Gessler, aber wir verkennen nicht, daß unter den gegenwärtig gegebenen Verhältnissen der Nachfolger kaum ein Gewinn sein wird.

Auf dem in Breslau tagenden demokratischen Parteitag hat der Parteivorstand, Herr Dr. Koch, sich auch zur Frage Gessler geäußert. Wir zitieren nach der „Frankfurter Zeitung“:

„Ich komme in diesem Zusammenhang auch zu den Anträgen über den Reichswehrminister Gessler. Der Parteivorstand hat in seiner gestrigen Tagung nach längerer Diskussion beschlossen, diese Anträge als durch meine Ausführungen erledigt anzusehen. Ich wiederhole diese Ausführungen. Ich kenne Gessler seit langen Jahren und bin sein Freund. Niemand darf an seiner republikanischen und nationalen Gesinnung zweifeln. Ich vergesse nie seine Haltung im Kapp-Putsch, von der General v. Wärtel als Zeuge gelobt hat, daß an seiner und meiner festen Haltung seine Vermittlung in Dresden gescheitert sei. Haas und ich wissen weiteres über seine feste Haltung gegenüber bayerischer Königsmauer. Wir müssen ferner anerkennen, daß er an der Reichswehr, wie er sie aus den Händen Kossels empfangen hat, vieles gebessert hat. Daß sich seinerzeit die Verringerung der Reichswehr von 200 000 auf 100 000 Mann reibungslos vollzogen hat, ist sein Verdienst. Wenn ich das alles feststelle, so gebe ich auf der anderen Seite auch der Kritik gerne einen breiten Raum. Gessler ist es gegangen wie so vielen. Er ist im Laufe der Zeit in seiner Beziehung zu einem Werte konstant und in manchen — nicht in allen — Fällen auch unangenehm gegen Kritik geworden. Wir verlangen ein ruhigeres Tempo der Republikanisierung der Reichswehr. Herr Gessler ist nicht als Beauftragter der demokratischen Partei im Kabinett. Ich habe seinerzeit erklärt, daß seine Zugehörigkeit kein Band zwischen der Regierung und uns bildet, und deshalb hat es zur Zeit keinen Zweck, sich über diese Einzelheiten zu unterhalten. Wir haben den Radikalen in der Sozialdemokratie oft vorgeworfen, daß sie gegen den Reichspräsidenten Ebert mit Resolutionen gearbeitet haben. Gessler und Ebert sind treueste Freunde und Mitarbeiter bis an Eberts Lebensende gewesen. Hüten wir uns vor einem ähnlichen Fehler.“

Daß Herr Dr. Gessler zwar Mitglied der demokratischen Partei, aber nicht ihr Beauftragter im Kabinett ist, wie Herr Dr. Koch ausdrücklich versichert, ist ein Zustand, der es Herrn Dr. Gessler stark ermöglicht, den Weg zu gehen und die Richtung einzuschlagen, die selbst Herr Dr. Koch kritisch erwähnte. Herr Dr. Gessler ist also in der demokratischen Partei etwa ein fünfzigprozentiges Parteimitglied. Wir für unseren Teil gönnen Herrn Dr. Gessler die persönlich ersehnte Ruhe in den schönen bayerischen Bergen.

Locarno ist durch den Reichspräsidenten Hindenburg unterzeichnet worden. Der Beständigung der Völker ist gedient worden. Die Republik hat sich auch in diesem Falle bewährt. Also sind die völkischen Mordgesellen außer sich vor Wut. Die völkischen Volksochsen v. Graefe und der achobore Badenener Deming loben im Reichstag. Die völkischen Organe nicht minder. Sie propagieren wieder den völkischen Mord. Diesmal aber richtet sich die völkische Mordheke nicht in erster Linie gegen Juden und Sozialdemokraten, sondern — wach ein Wandel — gegen den Reichspräsidenten v. Hindenburg, gegen den Reichskanzler Dr. Luther und gegen den doch gewiß schwarzweiß-roten Herrn Dr. Stresemann. Vor einigen Tagen hat der völkische Abgeordnete Wagner im bayerischen Landtag ganz unverhüllt zum völkischen Mord aufgerufen. Seine Aufforderung hat in völkischen Kreisen offenbar lebhaften Widerhall gefunden.

Die völkische „Merkelbunische Warte“, die in neuen Beziehungen zu dem völkischen Reichstagsabgeordneten und Major a. D. v. Graefe steht, hat bereits ein förmliches Programm der völkischen Mordheke aufgestellt. Dort wird in erster Linie gegen Stresemann gehetzt. Ein Viktor v. Koster legt u. a. wie folgt los:

„Wir treten in den Kampf ein um Tod und Leben! Es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, bis die Entscheidung fällt. Noch ist unsere eigene Rüstung schwach. Zwar liegen die Waffen vor uns in unserer Armee, scharfe, tödliche, feuerverzehrende Waffen. Wir könnten dem Gegner Schlägen schlagen und gemaltene Niederlagen bereiten, Tag für Tag. Nur müssen wir auch Tag für Tag das Waffenhandwerk üben! In einem Geiße voll Hab und Leberm Entschluß...“

Werden wir die Wände des Zweifels hinüber in das aggressive Lager. Schonen wir keinen mehr von den führenden völkischen Führern, die in der Stunde der Gefahr mit einer blauen Brille verleben nach Schweden nach erhabenen Vorbildern ausgerufen ist, nämlich der famose Herr Lubendorff, als der „Oberste Führer, der heldigste der Helben“ angesprochen und als Gerichtsherr bezeichnet. Als Gerichtsherr in diesem Falle gegen Hindenburg, Luther und Stresemann! Die völkischen Mordbanditen betrachten also den Ausreißer Lubendorff als ihren obersten Führer; sie berufen sich auf ihn bei ihrer Mordheke. Gewiß, Lubendorff kann ja im Urteil aller politisch anspruchsvollen Menschen nicht mehr hierherinken, als er bereits ausliefert ist. Dieser Mann, der den nutzlosen Tod von Hunderttausenden deutscher Soldaten infolge seiner Unfähigkeit auf dem Gewissen hat, paßt zu den völkischen. Sie sind einander wert.

In der vom „Deutschen Volkerrat, Einigkeit völkischer Bünde“, herausgegebenen Zeitschrift „Salentrom“ tobt sich ein sächsischer Völkischer, ein Dr. Heinrich Pudor, in Nr. 12/13 gegen die „Judenpolitik der Judenregierung“ wie folgt aus:

„In der modernen Situation einer Hindenburg-Republik kann nur die Hölle, der Stumpf und die Verelendung gedeihen...“

Bei Hindenburg, dem Judenbündler, hat das Slawisch-Knechtliche die Oberhand gewonnen. Und dort bangen ist ein reiner Germane...“

Wenn wir heute statt Hindenburg einen Juden auf dem Präsidentenstuhl hätten, stände es besser um die deutsche Sache.“

Nachdem weiter der Reichspräsident v. Hindenburg als „Judenheker“ und als „Schädling“ bezeichnet worden ist, wendet sich der mordhekerische Artikel gegen Stresemann, zu dessen Ermordung ganz unerbittlich aufgefordert wird. Dr. Pudor fragt nämlich:

„Hat das Volk Stresemann heruntergerissen von seinem Ministerstuhl und ihn, angebunden mit den Fäden an ein Rappenaespann, durch das Brandenburger Tor gejagt, und um Berlin? ...“

Das Volk hat Stresemann nicht gedieztelt, es hat ihm nicht das Schicksal Rathenaus gegeben. Und damit kein Zweifel über die Mordabsichten, dieses völkischen Mordhekers bleibt, schreibt er:

„Es ist viel bequemer, sich selbst umbringen zu lassen, als seine Feinde umzubringen...“

Der Reichskanzler ist nach Pudor der „gemeinste Stresemann“, also will ihm der völkische Pudor das gleiche Schicksal bereiten.

Daß auch heute noch eine solche Mordheke ganz offenkundig betrieben werden kann, daran sind allerdings die Herren Luther und Stresemann nicht unschuldig. Sie haben lange genug in der Reichsregierung, um endlich einmal gegen diese völkischen Mordgesellen vorzugehen. Aber nicht minder schuldig ist die deutsche Strafrechts- und vor allem das Reichsgericht, besonders der Obergerichtspräsident. Wenn ein kommunistischer Proletarier unter dem verhetenden Einfluß der gewis triviale kommunistischen Presse sich zu Tötungen und Sinnlosigkeiten hinreißt, dann ist die deutsche Strafrechts- und vor allem die deutsche Exekutive haben wir aber bis zur Stunde gegen die völkischen Mordheker vermisst. Wenn es auf Grund der völkischen Mordheke in Deutschland zu weiteren völkischen Tötungen kommen sollte, die deutsche Strafrechts- und vor allem die deutsche Exekutive haben wir aber bis zur Stunde gegen die völkischen Mordheker vermisst. Wenn es auf Grund der völkischen Mordheke in Deutschland zu weiteren völkischen Tötungen kommen sollte, die deutsche Strafrechts- und vor allem die deutsche Exekutive haben wir aber bis zur Stunde gegen die völkischen Mordheker vermisst. Wenn es auf Grund der völkischen Mordheke in Deutschland zu weiteren völkischen Tötungen kommen sollte, die deutsche Strafrechts- und vor allem die deutsche Exekutive haben wir aber bis zur Stunde gegen die völkischen Mordheker vermisst.

Reichstagspräsident Loebe über die Prohibition in Nordamerika

Man schreibt uns: Reichstagspräsident Loebe hatte die Liebenswürdigkeit, einem Berichterstatter eine Unterredung zu gewähren, in der er über seine Eindrücke in Bezug auf das amerikanische Prohibitionsgesetz befragt, folgende interessante und lehrreiche Ausführungen machte:

„Ich persönlich habe nie abstinente gelebt, aber ein sehr reines Verständnis für die Abstinenzbestrebungen empfunden. Selbstverständlich interessierte ich mich für die aus verschiedenen Lagern stammenden Berichte über Erfolge und Misserfolge der amerikanischen Prohibition. Ganz so wie von den Gegnern der Abstinenzbewegung dargestellt wird, liegen die Dinge in Nordamerika freilich nicht.“

Nach meinen jüngsten Reiseerfahrungen darf ich mich ungefähr dahin zusammenfassen:

In den ersten drei Wochen meines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten bewegte sich das tägliche Leben vorwiegend innerhalb gemessener, mehr offizieller Richtlinien, und es wirkte ganz eigenartig, daß bei allen Empfängen, bei großen Tafelveranstaltungen, wie auch in unserem Riesenhôtel mit seinen 2000 Zimmern und Prachtzimmern, nur und ausschließlich klares Trinkwasser verabfolgt wurde. Zunächst nötigte das strenge Festhalten an der gesetzlichen Neuordnung Respekt ab. Es kann nun einmal nicht geleugnet werden, daß die Trinkunterschiede in Amerika einen bedeutsamen Charakter angenommen hatten, und daß es der Prohibition gelungen war, den übermäßigen Alkoholenuss, der namentlich in den großen Anstalten des Kundentrunkes autage trat, bis auf 30 Prozent herabzumindern. Besonders war das Übermaß des Alkoholenusses bei den Mischtrajzen, vorweg bei den Negern eingebürgert.

Nach drei Wochen strenger „Trunkenheit“ hatte ich dann Gelegenheit, die Folgen der Prohibition auf weitere drei Wochen meiner Besuchszeit nach der negativen Seite kennen zu lernen. So beispielsweise, wenn ich bei einem Bankett oder bei einem speziellen Anlaß wahrnahm, wie neben mir ein Würdenträger während des Gesprächs in die hintere Kostalthe griff, eine gefüllte Schnapsflasche heranzog, sie seinem Nachbarn, einem Generalkonsul, reichte, dieser ein geleertes Wasserglas ergriff, es unter den Tisch hielt, aus der Tasche mit ihrem Alkoholinhalt füllte, und es in langen Zügen behaglich leerte. Weitere ähnliche Wahrnehmungen bestärkten mich in der Überzeugung, daß die streng durchgeführte Prohibition denn doch nicht das richtige Mittel zur Bekämpfung der wasserscheuen Abstinenz auf unser deutsches Volk nicht das wirksamste Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung des Alkoholenuss sei. Eine Anklärung und Belehrung zum Besseren erscheinen mir nach allen meinen Wahrnehmungen der richtigere Weg zu einer Eindämmung des Alkoholenuss in Deutschland zu sein.“

Auf die Frage des Interviewers, ob der Herr Präsident gegen die Erwartung seiner im ungedruckt Wortlaut hier wiedergegebenen Bemerkungen in der Öffentlichkeit etwas einwenden würde, erfolgte die Antwort: „Keineswegs! Das ist und bleibt der Ausdruck meiner durch meine Amerikareise nur noch bekräftigten persönlichen Erfahrungen und meiner Überzeugung.“

Unternehmermoral im sozialen Kampfe

Das organisierte deutsche Unternehmertum hat in den letzten Jahren in steigender Ventalität jede ihm günstige wirtschaftliche Situation gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt. Auf wirklich soziales Verständnis stößt man in seinen Reihen immer spärlicher. Durch die Unternehmerorgane und durch gewisse Volkswirtschaftler, ist das Unternehmertum immer stärker in die vererbte und schließlich selbst für das Unternehmertum gefährliche Auffassung hineingezogen worden, daß die Lage der deutschen Industrie und Wirtschaft in der Hauptfrage nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gebessert werden könne. Herr Benel-Mannheim hat diesen Auffassungen ja kürzlich auch Ausdruck gegeben.

Das Unternehmertum verlagert in diesem Streben nicht nur über kraftvolle Organisationen, es werdet auch enorme Geldmittel auf zur Beeinflussung einer bestimmten Tagespresse, zur Finanzierung bestimmter Parteien und Organisationen, die die Sozialdemokratie, die Demokratie im Staate bekämpfen und die einer Wirtschaftspolitik Unterstützung leisten, die ausschließlich an den egoistischen Unternehmerinteressen orientiert sind. Die Spitze der Vereinigung der deutschen Arbeitgebersverbände ist dabei zu einem Schmarhahnerinstrument herabgewürdigt worden. Das tiefste Mißtrauen aller gewerkschaftlichen Organisationen ist in diesem Wahsen. Zwar hat Herr v. Borff und hat der Geschäftsführer Dr. Tänzler im „Arbeitgeber“ vom 15. November versucht, mit moralisierenden Darlegungen die Haltung des Unternehmertums zu verteidigen, aber jeder einigermaßen erfahrene Mensch erkennt sofort, daß die Herren nur sprachen, um die wahren Absichten und Bestrebungen des Unternehmertums zu verbeden. Daß von Organisationen des deutschen Unternehmertums unmoralische Mittel im Kampfe gegen die Arbeiterklasse angewendet werden, daß der Korruption Vorzug gegeben wird, ja sogar zu ihr förmlich anreizt wird, das ist in aller Öffentlichkeit schon gesagt worden. Um was es sich dabei handelt, das ist jetzt im Organ der christlichen Gewerkschaften, im „Deutschen“ in sieben Punkten zusammengefaßt worden. Hier sind sie:

„Säße Dr. Tänzler von sich aus „sachliche Politik“ treiben wollen, wäre nur nötig gewesen zu lassen: „Die Ausführenden, die „Der Deutsche“ und andere Gewerkschaftsorgane in den letzten Wochen in Bezug auf die Politik und Persönlichkeiten der Vereinigung gemacht haben, sind nicht wahr.“ Er hätte dann auf den Kern der Dinge eingehen und sagen müssen:

Es ist nicht wahr, daß ein Willensschwacher nicht bloß die üblichen Honorare für literarische Mitarbeit, sondern Leistungen in finanzieller Zukunft ausgeben bis in die letzten Tage hinein gegeben worden sind.

Es ist nicht wahr, daß Gelder unter sozialpolitischen Deckmantel als Darlehen für dumme politische Zwecke ausgeben worden sind.

Vor einer neuen Offensive der Riffleute

Paris, 6. Dez. Nach einer Sanatsmeldung aus Tanger hat Abd el Krim, der entschlossen sei, gegen die auf die Seite der Spanier getretenen Dscheballa-Stämme vorzugehen, starke Abteilungen, bestehend aus Domara und Riffleuten nach Scheldungen gelandt. Es sei wahrscheinlich, daß die der Riffsch

Es ist nicht wahr, daß die Vereinigung direkt oder indirekt enge Beziehungen zu angeblich sozialistisch und arbeitnehmerfreundlich eingestellten Verlegern hatte und habe.

Es ist nicht wahr, daß Tausende von „Aufführungschriften“ von der Vereinigung unter neutralen Deckmantel in Arbeitnehmergebiet hineingeschmuggelt worden sind.

Es ist nicht wahr, daß die Verfasser solcher Schriften, die nach Gesinnung und Verknüpfung im Arbeitnehmerslager stehen, nichts davon gewußt haben sollen, wie diese Arbeiter ihren Weg gemacht haben. Vor allem aber ist es unwahr, daß solche Arbeiten von der Vereinigung vor der Drucklegung ohne Wissen der Verleger unter Jenen genommen worden sind.

Es ist nicht wahr, daß es der deutschen Industrie gut geht, denn sie hat nicht beinahe 1/4 Million allein für eine Arbeitseizpropaganda im letzten Jahre der Vereinigung zur Verfügung gestellt.

Es ist nicht wahr, daß innerlich der Vereinigung über die Propagandatätigkeit ganz erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Alles das und noch mehr hätte Dr. Tänzler oder noch besser schon vor ihm Herr v. Borff sagen müssen. Darüber hinaus hätten sofort die Preisgebotsstellen folgen müssen.“

Das Unternehmertum laßt oder subventioniert also Verlage, wie es das gleiche auch bei bürgerlichen Zeitungen tut, um die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen durch unwahre Darstellungen; es subventioniert Verlage und Zeitungen, um mit deren Hilfe die Arbeiter gegen die Führer auszuweisen. Für solche Zwecke hat das deutsche Unternehmertum jährlich Millionen übrig, die es aus den elend bezahlten deutschen Arbeitern herauszuschindet. Mit den angeblich sozialistischen Verlegern ist der Verlag von Karl Erdmann gemeint, der früher den „Mitt“ herausgegeben hat und auf den eine Anzahl junger sozialistischer Schriftsteller herabgefallen sind. Bis ihnen der wahre Charakter dieses vom Unternehmertum gefärbten Verlags bekannt geworden ist. So fallen aber täglich in Deutschland noch Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten auf ihre Knie. Seitens der ein, die ebenfalls im Solde des Unternehmertums stehen und seine egoistischen Interessen vertreten. Das Unternehmertum ist dabei, auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise auszunutzen, losche gegen die deutsche Arbeiterklasse auszunutzen.

Wir kehren vor einer Periode schwerer wirtschaftlicher Kämpfe, die durch das Treiben der Unternehmersverbände sich schließlich außerordentlich leidenschaftlich gestalten werden, die Arbeiter allgemein doch endlich diese Tatsachen erkennen und streng solidarisch handeln.

treu gebliebenen Dscheballa ebenfalls Kontingente stellen würden. Man erwarte eine baldige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in der westlichen spanischen Zone.

Unserer heutigen Gesamtauflage liegt eine Sonderbeilage „Großer Weisheits-Bericht“ der Firma Hermann Fick, Karlsruhe, bei, welche wir besonderer Beachtung empfehlen.

Die Ungeheuerlichkeit der Forderungen der Fürsten

Die unverkürzten Forderungen ehemals regierender deutscher Fürsten, veranlaßt die „Frankfurter Zeitung“ zu diesen treffenden Betrachtungen.

Der demokratische Antrag über die Abfindung der früher regierenden Fürsten, der nach zweitägiger Beratung im Reichstage an den Rechtsausschuß verwiesen worden ist, war ein Akt der Notwehr, der Notwehr gegen die Bereicherungstendenzen der Fürsten auf Kosten der Steuerzahler und gegen die Rechte, die durch rein formaljuristische Auslegung diesen Tendenzen Erlöse verschafft haben in einer Weise, daß die gesunde Vernunft einem Rechtsstreifen und das Wohl des Staates dem Vorteil Privater unterlegen ist. Das Urteil des Reichsgerichts in dem ersten thüringischen Fürstenprozeß, das nun einen Mattenschwamm von anderen Fürstenprozessen in Thüringen nach sich zu ziehen droht, ist einfach eine Ungeheuerlichkeit und gegen den Respekt vor dem Reichsgericht sehr gerichtlich zu mindern.

Es ist von vornherein eine Ungeheuerlichkeit, über diese Abfindungsfragen die Gerichte entscheiden zu lassen, denn sie sind ebenförmig reine Rechtsfragen wie die Revolution, welche zu den vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen geführt hat. Sonst könnte man schließlich den Gerichten auch die Frage zur Entscheidung übertragen, ob die Abfindung der Fürsten zu Recht geheimer ist und ob diese nicht die Rückzahlung der Zinslücke fordern könnten.

Sollten die bürgerlichen Parteien im Reichstage verlangen, dann werden die fürstlichen Parasiten einen systematischen Beutezug gegen das vermehrte deutsche Volk unternehmen im sicheren Vertrauen auf die deutschen Richter. Daß Fürsten, aber nicht das Volk auf deutsche Richter vertrauen können, dafür sind aufreißende Beweise vorhanden.

Winterbeihilfe oder Gehaltserhöhung für die Beamten?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Meldung, daß das Reichsfinanzministerium beabsichtigt, dem Reichstag vorzuschlagen, am 15. Dezember den Beamten aller Gehaltsklassen 50 Prozent ihres Monatsgehalts als einmalige Winterbeihilfe auszusprechen, entspricht nicht den Tatsachen. Allen Anschein nach handelt es sich bei dieser Meldung von vornherein nur um einen Versuchsalter. Der Plan, die Beamtenchaft mit einem halben Monatsgehalt abzulassen, wird von den unteren und mittleren Beamten als eine unmögliche Lösung der Lebensnotwendigkeiten betrachtet. Die untere Beamtenchaft ist schon bei dem am 1. Oktober bereits so sehr verschuldet, daß sie von diesem halben Monatsgehalt in Wirklichkeit keinen Pfennig sehen hätte. Nur die höhere Beamtenchaft könnte sich über den Vorfall freuen, denn für sie wäre das halbe Monatsgehalt ein ganz hübsches Weihnachtsgeld gewesen. Eine einmalige Abfindung mit einem halben Monatsgehalt verstoßt nicht die Qualität des Gehalts, und schafft keinen Ausgleich zwischen den niedrigen Gehältern der unteren Beamtengruppen und der Teuereren.

Reichsbundestag des Reichsbanners

Wie von der Gauleitung Hamburg des Reichsbanners Schwarze-Rot-Gold mitgeteilt wird, wird der Reichsbundestag des Reichsbanners zur Feier seines zweijährigen Bestehens am 20. und 21. Februar 1926 nach Hamburg zusammenberufen. Es wird mit einem Treffen von mindestens 150 000 Reichsbannerleuten, einschließlich der deutsch-österreichischen Kameraden, gerechnet, für deren Unterbringung in Hamburg jetzt schon Vorbereitungen eingeleitet sind. Der Bundestag in Hamburg dürfte die Magdeburger Kundgebung an eindrucksvoller Größe noch übertreffen, schon mit Rücksicht auf die im letzten Jahre von 3 auf 3,7 Millionen Mitglieder angewachsene Stärke des gesamten Bundes. Das Programm der Bundestagung sieht u. a. eine riesige öffentliche Versammlung des gesamten Banners auf einem öffentlichen Platz Hamburgs mit einem Vorbeimarsch in breiter Front und eine politische Kundgebung vor, für die hervorragende republikanische Vertreter des politischen Lebens gewonnen sind.

Gemeindepolitik

Aus dem Gemeinderat Oberkirch
Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Ausführung von Volkswirtschaftsarbeiten durch Erwerbslose. Zunächst ist ein Volkswirtschaftsamt (Schlichtamt) vom Ratsherrn gegen die Schauenburg in Angriff zu nehmen. In demselben werden entgegenkommender Weise für das Fortamt die Vorarbeiten derart besorgt, daß mit den Arbeiten alsbald begonnen werden kann. Zurzeit wird bereits das Wegelinholz gefällt. Für die Auswahl der Erwerbslosen, die in erster Linie zu berücksichtigen sind, sowie Erledigung der sonstigen Vorarbeiten wird eine Kommission bestimmt. Der Stadtgemeinde wird ein besonderer Aufwand kaum entstehen, da die Unkosten durch den Erlös aus dem Wegelinholz und die vom Arbeitsamt zu leistende Beihilfe nahezu gedeckt werden. Die beschafften Erwerbslosen erhalten an Stelle der Erwerbslosenunterstützung einen festen, der Arbeit entsprechenden Lohn ausbezahlt. Da die Arbeit in eigener Regie ausgeführt wird, sind verschiedene Handwerkszweige anzuschaffen. Der Vorsitzende macht noch Mitteilungen von Bemühungen wegen Beschäftigung bisheriger Arbeitslosen bei einer voraussichtlich demnächst aufzunehmenden auswärtigen Arbeit. — Dagegen die Wasserbesorgungsarbeiten der Wasserleitung vom Jahre 1915 nicht aufgehoben sind, und der Wasserleitungsarbeiten, als Nebenarbeiten im gleichen, erhoben. Auch haben sich verschiedene Anträge im Hinblick auf die Wassererhebung bisher erwiesen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, daß der im Jahre 1925 genehmigte Wasserleitungsplan noch Geltung hat, wird aber die Angelegenheit dem Bürgerausschuß zwecks Befähigung unterbreiten. — Die Verbandlungen mit dem Eigentümer des für die Friedhofserweiterung nötigen Grundstückes konnte zu einem günstigen Abschluß gebracht werden, so daß in nächster Zeit die Vertragsunterzeichnung und Eintragung im Grundbuch erfolgen kann. — Die vom Gemeinderat eingesetzte Kommission hat die Zuteilung der Feuerlöschapparatepflichtigen in die einzelnen Abteilungen auf Grund aufgestellter Richtlinien und unter Berücksichtigung der jeweils in Betracht kommenden Verhältnisse vorgenommen. Diese Einteilung wird genehmigt. — Der Vorsitzende wird ersucht, wegen Verbesserung der Wanderversicherung Verhandlungen aufzunehmen und dem Gemeinderat Bericht zwecks Beschlussfassung zu erstatten. — Zurzeit reicht der für Behebung der Wanderer vorzulegende Raum nicht mehr aus. Auch wird der Antrag



Die Unterzeichnung des Locarno-Vertrags

im Auswärtigen Amt in London hat in den üblichen diplomatischen Formen stattgefunden und nach der Zeremonie die Teilnehmer an diesem bedeutenden Akt auch einander menschlich näher gebracht. Unser Bild zeigt Reichsminister Dr. Luther bei der Unterzeichnung des Vertrags; neben ihm Außenminister Dr. Stresemann

Krise — Unternehmer und Gewerkschaften

Eine Reihe anderer Beispiele könnten noch angeführt werden wie die Nähmaschinen-Industrie, die einen äußerst schweren Stand hat wegen der Singer u. Co., doch möge dies genügen, um zu zeigen, daß die Zukunft nicht rosig aussieht. Was ist dagegen zu tun? Die nächste Aufgabe der Gewerkschaften muß sein, Aufklärung zu schaffen.

Vor allem gilt es auch, den Kampf der Unternehmer gegen die Schlichtungsstellen des Staates die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Warum sind die Schlichtungsstellen nicht errichtet worden? Zunächst, um unser Wirtschaftsleben vor größeren Erschütterungen zu bewahren, dann aber auch, um den wirtschaftlich Schwachen zu schützen. Diesen Schutz haben die Unternehmer, da für sie der Arbeiter von jeder nur ein Arbeitsobjekt gewesen, das sie nach eigenem Ermessen arbeiten lassen, entlassen und beschaffen wollen. Da sind nun die Schlichtungsstellen im Weg und der Tarifzwang eine Fessel. Gerade jetzt wäre der Zeitpunkt geeignet, billige Arbeitskräften zu bekommen. Das Arbeitslosenheer als Preiseläufer vor von jeder dem Unternehmer willkommen. Mit einer nicht zu überbietenden Unverfrorenheit, ja Verlogenheit werden in jeder Nummer der Unternehmervereine die staatlichen Schlichtungsstellen heruntergerissen und deren Beseitigung gefordert. Der Zweck heiligt die Mittel. Die Abschaffung des so schon erzwungenen Schutzes würde den Unternehmer wieder zum absoluten Herrscher im Produktionsprozeß erheben und der deutsche Arbeiter würde noch unter den hiesigen Kaffi herabgedrückt. Hunger und Elend müßten Platz greifen und in Zeiten der Krise, deren Wiederholungsfall immer kürzer und ihre Schärfe immer trasser zum Ausdruck kommen, würden Hungerrevolten die unabweisliche Folge sein. Welche Regierung wollte diese Verantwortung übernehmen? Wenn es ein verstärkter Schutz der wirtschaftlich Schwachen notwendig war, dann jetzt.

Die Unternehmer schreiben immer mehr, „es muß gespart werden“. Einverstanden. Aber wäre es nicht auch, wenn sie diese Mahnung zunächst einmal bei sich und ihren Betrieben anwenden würden? Hier brauchen wir aber nur einen Sachkenner reden zu lassen, um zu erfahren, wo gespart werden kann. Nr. 723 der „Frankfurter Zeitung“ bringt einen Aufsatz: „Probleme des Industrieführers“ aus der Feder des Schriftstellers Herrn Dr. S. Schäfer aus Köln. Derselbe schreibt u. a. in dürren Worten den Unternehmern ins Stammbuch: „Es muß die Einfachheit im Betriebe wieder eintreten. Die überflüssigen Direktorenstellen beseitigt werden. Leute aus der Offizierslaufbahn, die vollständig unfähig, hätten sich einschließen oder seien durch verwandtschaftliche Beziehungen in den Betrieb gekommen. Eine Betribswirtschaftsleiterstelle hätte bei der Beseitigung von Direktorenstellen Platz gegriffen, wodurch die Generalunwissenheit gewaltig in die Höhe gesprungen würde. Die Industrie hätte sich dies während der Inflation vielleicht noch leisten können. Jetzt aber müßten die Betriebe gereinigt werden. Nicht Name und Herkunft dürfen eine Rolle spielen, sondern nur Fähigkeit. Soll unsere Industrie gesund, dürfe bei der Entlassung von Arbeitern und den unteren Angestellten nicht Spott gemacht werden.“

Das sind schallende aber wohlverdiente Ohrfeigen, die den Unternehmern hier erteilt werden, und sie verdienen um so mehr Beachtung, als sie von einem Kenner kommen.

Werden einmal ein paar Hundert unfähige Direktoren, Betriebsleiter usw. an die Luft gesetzt, wird auch das mit dazu beitragen, daß die so oft betonte Preisabnauktion der Regierung sich auswirken kann.

Bestellen möchten wir aber noch, daß es vielen Unternehmern gar nicht so ernst ist, die jetzige Krise ernstlich und mit allen Mitteln zu überwinden. Diese verfolgen ja ganz bestimmte Zwecke. Man muß das Sammelsurium von Vor-

berungen kennen, um ein klares Bild über ihre Ziele zu bekommen.

Ausgangspunkt möglichst jeder Konkurrenz im Inland, um die Preisconvention leichter zu bilden. Zu diesem Zweck wird das Verschwinden einer Reihe von Betrieben nichts schaden, sondern nützen.

Die Steuerüberbürdung der Unternehmer ist nur zu besagen. Wenn nun eine Anzahl Betriebe erliegen, wird die Schuld einfach der großen steuerlichen und sozialen Belastung zugeschoben oder mit verantwortlich gemacht.

Die Absicht, warum die Unternehmer die jetzige Krise verschärfen, mindestens aber nicht alles aufwenden, um sie zu überwinden, ist klar:

- 1. Beseitigung der Konkurrenz, um ungehemmt die Preise diktieren zu können;
- 2. Abwälzung der Steuern auf Massen;
- 3. Abschaffung bzw. Verringerung der Beiträge zur sozialen Versicherung;
- 4. Beseitigung aller behördlichen Schlichtungsorgane.

Alles dies würde bedeuten eine ungeheure weitere Verelendung der breiten Massen.

Dagegen haben sich die Gewerkschaften mit allen Mitteln zu wehren. Zunächst durch Aufklärung der Massen. Die Ziele der Unternehmer müssen den Massen vor Augen geführt werden. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß Mitautor sein, um die Reihen der Gewerkschaften lückenlos zu schließen. Die sozialdemokratische Presse hat mehr denn je die Pflicht, Aufklärung über die Wirtschaft und ihre Zusammenhänge mit der Staatspolitik der einzelnen Länder zu verbreiten. Pflicht eines jeden gewerkschaftlichen Arbeiters ist, es aber auch, die bürgerliche Presse, voran die sogenannte parteilose, zu meiden und bei der Arbeiterschaft für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu sorgen. Es gibt für die Arbeiterchaft kein größeres geistiges Gift, als die das Gehirn verdummende bürgerliche Presse, die meistens von geheimen und offenen Fonds der Unternehmer gespeist werden.

Der A.D.G.B., vereint mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, müssen den aufzunehmenden Kampf gegen die Machtgier der Unternehmer weiter führen. Nicht Bescheidung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte kann unsere Wirtschaft aus der jetzigen schweren Krise herausführen. Der wirtschaftlich Schwache braucht jetzt nicht Schutz, um nicht unterzugehen. Dem bestehenden Kreditmangel in der Wirtschaft haben die Regierungen die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Mittel müssen flüssig gemacht werden, allein nicht unbedenken dürfen diese dem Unternehmertum zur Verfügung gestellt werden. Es ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil unserer Industriebetriebe erliegen werden und müssen. Die Gründe hierfür sind angeführt. Die Gelder der Allgemeinheit sind nur gegen gute Bürgschaft zu verpfänden und nach Ablauf der Beleihungstermine belauschten ohne Aufschub. Es darf das Beispiel der Kredite für die Landwirtschaft keine Wiederholung erfahren, die nicht bloß nicht zurückzahlen will, sondern nach Niederschlagung des gewährten Kredites schreit.

Partei und Gewerkschaften müssen verlangen, daß nur Betriebe unterstützt werden, die lebens- und kreditfähig, die aber auch die Arbeiterrechte schützen und den Arbeiter und Angestellten als gleichberechtigten Faktor im Produktionsprozeß anerkennen.

Dies wird um so leichter sein, wenn die Arbeiter und Angestellten wieder reiflos zu ihren Organisationen zurückkehren, und die Massen im Vertrauen auf ihre Führer und unangelehrt den Kampf um ihr Recht führen. Die jetzige schwere Krise wird um so leichter überwunden werden, je einiger und geschlossener die Arbeiter und Angestellten sind.

Ga., Karlsruhe.

Kleine badische Chronik

Mannheim. Im Walde zwischen Rheinau und Friedrichsfeld brach am Mittwochabend ein von Frühling kommender Straßenwärters infolge Ausruftens von vereisten Boden das Bein. Erst nachdem der Mann drei Stunden im Schnee gelegen war, und seine Hilferufe ungehört verhallen, konnte ein des Weges kommender Arbeiter dem Verletzten Hilfe bringen und die Überführung nach seiner Wohnung in Heilbrunn veranlassen.

Kappel. Vor einigen Tagen brach in der Dreifachmaschine der Gebrüder Kunz hier Feuer aus. Das Feuer ist durch Wärmelaufen eines Transmissionslagers entstanden. Wahrscheinlich ist infolge der Kälte das Öl im Selbstöler dick-

flüssig geworden und die Schmierung infolgedessen eine ungenügende gewesen. Der Schuppen mit Maschine wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf zirka 20 000 M. geschätzt.

Singen a. S. Vermögenslied ist hier ein bei der Bau-firma Scharf von Karlsruhe beschäftigter Lokomotivführer am Bau des Güterbahnhofes. Derselbe rutschte während der Fahrt ab und kam so unglücklich zu Fall, daß ein beladener Wagen ihm den Fuß zerquetschte.

Waldbrun. Der 20jährige Karl Wallwea schmitt sich an der Butter Schneidmaschine die Hand vollständig ab. Sein Arm war vollständig in die Transportwalzen eingeklemmt.

Weihnachten steht vor der Tür, und fürjüngende Liebe sinn, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenk greifen. Nennen wir z. B. nur Nagai's bewährte Erzeugnisse: Nagai's Würstchen, Nagai's Suppen, Nagai's Fleischbrühwürfel, die jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendung helfen sie nicht nur das teure Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Aus dem Freistaat Baden

Die badischen Reichstagsabgeordneten bei den Locarno-Abstimmungen

Zur Verabschiedung des Mantelgesetzes über die in Locarno abgeschlossenen Schiedsverträge und den damit verbundenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gab es am 27. November ds. Js. im Reichstag sechs namentliche Abstimmungen, die letzte über das gleichzeitig zur Verhandlung gebrachte deutschnationale Mißtrauensvotum aus Anlaß der Regierungserklärungen über Locarno. Die 16 aus Baden nach Berlin entsandten Abgeordneten, die anerkanntermaßen maßgeblich zur Stelle waren, nahmen dabei die folgende Haltung ein:

Für die Annahme der Schiedsverträge (Art. 1 des Gesetzes) die mit 299 Ja gegen 173 Nein-Stimmen erfolgte, erklärten sich 13 badische Abgeordnete: die drei Sozialdemokraten G. E. (Mannheim), Meier und Schöpflin, die Zentrumsmänner Damm, Diez, Erling, Fehrenbach, Höber, Sonner und Dr. Wirth, die Demokraten Dietrich und Dr. Haas und der Volkspartei Dr. Carius; dagegen stimmten die Deutschnationalen Dr. Hansen und Zulier und der Kommunist Kessler (3). Genau so verhielt die Abstimmung der badischen Abgeordneten über den Art. 2 des Gesetzes, der die Regierung zur Erklärung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ermächtigt, was auch die Schlußabstimmung über das Locarnogesetz anging.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum wurde abgelehnt von den Sozialdemokraten, Demokraten, dem Volkspartei (insgesamt 13), angenommen von den beiden Deutschnationalen, während sich der Kommunist Kessler, wie seine ganze Fraktion, der Abstimmung enthielt. — Beim Antrag der Sozialdemokraten auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes stimmten die Sozialdemokraten, Zentrumsmänner, Demokraten und der Volkspartei mit „Nein“, der Kommunist Kessler und der Deutschnational Dr. Hansen mit „Ja“, während sich der zweite Deutschnational, Zulier, Mißtrauensvotum, der Abstimmung enthielt.

Volkswirtschaft

Reparaturarbeiten im Ford'schen Autobau

Der neueste Bericht der Ford-Motor-Company teilt mit, daß die Ford'schen Werke im Oktober 1925 rund 9017 Wagen und Schlepper hergestellt haben. Damit hat Ford für die Automobilfabrikation einen neuen Rekord aufgestellt. Es handelt sich hierbei um die Gesamtleistung aller 32 Ford'schen Montagewerke einschließlich des Riefenbetriebs im Detroit'schen Hauptwerk.

Das staunenerregende Ergebnis ist die Folge einer großen, in den Ford'schen Fabriken vorzunehmenden Umstellung. Sie ist von langer Hand vorbereitet. Im August bzw. September wurde man die Montage von Wagen völlig stillgelegt, dagegen mit allem Eifer sämtliche Fabriken mit neuem verbesserten Material für die neuen Typen versehen. Damit hat man eine ungeheure Steigerung der Produktion vorbereitet und erreicht. Seitdem mit der Zusammenlegung wieder begonnen wurde, hat fast jede Woche, in jeder Tag eine Höchstleistung erzielt. Der Monat Oktober stellte mit einer Gesamtleistung von 200 000 Automobilen und Schleppern jede frühere Monatsleistung in den Schatten. In der Woche vom 17. bis zum 23. Oktober wurden allein 49 004 Wagen fertiggestellt. In dieser Woche gab es Tausende, in denen sich die Produktion auf 100 000 Wagen belief. Am 30. Oktober wurde der Rekord mit 10 000 Wagen erreicht.

Die Umstellung in den Ford'schen Werken beschränkt sich nicht nur auf Amerika. Die Verteilung des verbesserten Materials für die neuen Typen ist in der ganzen Welt im Gange. In England ist mit der Fabrikation des neuen Typs bereits am 10. Oktober in Manchester begonnen worden. Auch die Fabriken in Frankreich, Belgien, Spanien, Holland und Skandinavien werden jetzt schon in der Lage sein, die Fabrikation nach dem neuen Schema aufzunehmen. In Südamerika hat man bereits in der Verteilung des Sanitago (Chile) mit dem Verkauf des neuen Wagens begonnen. Ebenfalls versehen die Verteilungsstellen in Sabana und in Mexiko die Käufer bereits mit dem neuen Wagen. Die Aufnahme des Verkaufs in Rußland und Japan und den britischen Kolonien ebenfalls zu erwarten. Ohne Zweifel wird die neue Aktion der Ford-Werke den Weltmarkt stark beeinflussen und wesentlich anders gestalten.

Gewerkschaftliches

Aus der Badischen Textilindustrie

Die Badische Textilarbeiterchaft steht seit Wochen in einem schweren Lohnkampf mit den Arbeitgebern. Im Auftrage der Arbeiterchaft hatten die Gewerkschaftsvertreter das Badische Lohn- und Arbeitszeitabkommen (Schiedspruch für Baden vom 26. 6. d. J.) auf den 1. November gekündigt. Geleitet wurden mit Rücksicht auf die ungewöhnlich niedrigen Löhne der Textilindustrie eine 20prozentige Lohnerhöhung und hinsichtlich der Arbeitszeit die Rückkehr zur 48-Stundenwoche. Die mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen führten wegen der hartnäckigen Ablehnung jeden Entgegenkommens durch die Arbeitgeber zu keinem Ergebnis, so daß der Badische Landesgeschäftlicher in Karlsruhe zur Entscheidung anerufen wurde. Auch die Versuche des Landesgeschäftlichen, die Parteien zu einer Einigung zu bringen, blieben aus denselben Gründen ohne Erfolg, so daß der Landesgeschäftlicher schließlich nach einem einseitigen Schiedspruch für Baden mit seiner alleinigen Stimme einen Schiedspruch fällte. Nach diesem Schiedspruch sollte in der Badischen Textilindustrie mit Ausnahme der Seidenhandweberei, der Baumwollweberei, der Spinnindustrie, der Wollindustrie und der Garnfärberei eine Erhöhung der Löhne um 7 Prozent ab 1. November eintreten. Für die oben genannten Industriezweige hingegen sollte die Lohnerhöhung erst am 1. Januar 1926 eintreten unter der Voraussetzung, daß bis dahin die Geschäftslage sich gebessert habe. Das bis her in der Textilindustrie bestehende Arbeitszeitabkommen wurde bis 26. Juni 1926 verlängert, wogegen der Lohnstarif erstmalig am 1. 4. auf 15. 4. gekündigt werden konnte. Trotz der schweren Bedenken, welche die Arbeiterchaft wegen der ungenügenden Lohnhöhe und der Verlängerung des Arbeitszeitabkommens, sowie der Schonung einiger Industriezweige hegte, nahm sie den Schiedspruch an. Nicht so die Arbeiterchaft der Seidenweberei, welche den Schiedspruch ablehnte. Es ist dies um so bedauerlicher, als der große Teil der Industriehauptstadt im und die gleichartigen Wirtschaftszweige Würtemberg und Bayern, die stets gerne von den Arbeitgebern als Konkurrenz ausgespielt werden, schon seit Wochen höhere Löhne zahlen, als sie selbst der Badische Schiedspruch vorsieht.

Das Fürsorgewesen der Stadt Karlsruhe

II. Ein Blick ins Fürsorgeamt A

Wer in den 3. Stock des Rathauses sich in den Vormittagsstunden begibt und an den Büros des Fürsorgeamtes A vorbeigeht, der sieht Tag für Tag auf dem Gang Hunderte von Personen stehen, die um Unterstützung nachsuchen. Ein Gradmesser des Elends unserer Tage, ein erbarmungswürdiger Anblick, der das Herz eines jeden sozialgefingten Menschen in Rührung bringt! Stundenlang stehen diese Leute da, um ihre Unterstützungsangelegenheiten zu regeln. Es muß als ein geradezu unbeschreiblicher Zustand bezeichnet werden, daß diese Leute oft viele Stunden auf den Gängen herumlagern müssen, da kein Wartezimmer vorhanden ist. Und dieser Mißstand datiert nicht erst heute oder gestern, sondern reicht schon jahrelang zurück und kann nicht genug kritisiert werden. Wohl sind einige Bänke aufgestellt, aber sie reichen nicht aus, um all den vielen Fürsorgebedürftigen eine Sitzgelegenheit zu bieten. Mit diesem Mißstand endlich einmal aufzuräumen, ist eine der dringlichsten Pflichten, die die Stadterwaltung zu erledigen hat. Auch die Fürsorgebedürftigen sind Menschen, die menschlich zu behandeln sind.

Das Fürsorgeamt A umfaßt die ganze allgemeine Fürsorge und ist die am meist frequentierte Fürsorgestelle. Täglich bringen ca. 400 Personen ihre Beschwerden vor und zwar ist der Andrang am Anfang des Monats ein stärkerer, während er am Ende des Monats sich ermäßigt. Wenn auch hier die Zahl der Unterfüßenden im allgemeinen keine wesentlich höhere ist wie voriges Jahr, so sind aber die Fälle der erkrankenden Erwerbslosen fürsorge von 788 im Oktober auf 1590 im November angewachsen. In diesen Zahlen widerspiegelt sich unsere ganze trostlose wirtschaftliche Lage. Die reichsweite Erwerbslosenunterstützung reicht bekanntlich nicht aus, jedoch die Stadt eine ergänzende Erwerbslosenfürsorge eingerichtet hat. So erhalten Ledige zu ihrer sehr knapp bemessenen Reichsunterstützung ein Mittagessen in der Volkstüche, außerdem 2 Loib Brot in der Woche, während die Verheirateten ebenfalls als Ergänzung zu der völlig unzureichenden Unterstützung vom Reich daselbst ein Quantum Brot und Lebensmittel im Betrage von 1,50 M in der Woche (z. B. 2 Loib Brot und 1/2 Pfund Fett) ausbezahlt bekommen. Außerdem werden für ein Kind wöchentlich 4 Loib Brot, für 2 Kinder sechs Loib Brot usw. bis zum Höchstbetrage von 14 Loib Brot bei sieben Kindern gewährt. Ebenfalls wird Milch an Kinder verabfolgt und erhalten 1 Kind bis zu einem Jahr 1 Liter täglich, von 1 bis 2 Jahren 3/4 Liter, 2—4 Jahren 1/2 Liter, 4—6 Jahren 3/4 Liter, zusammen höchstens 1/2 Liter täglich. Für Kranke wird Zusatz an Fett und Milch gewährt, ebenso die ganze Milchbeobachtung hat bisher in größerem Umfange stattgefunden. Seit fällt der Mietzins für Ledige ganz weg, außerdem ist eine Kürzung der Mietzinsbefehle auch in anderen Fällen eingetreten, was eine überaus harte Maßnahme bedeutet, denn von einem Einkommen, das sich beim einzelnen aus Rente und Zuschuß zusammensetzt auf 45 M beläuft, kann nicht noch die Miete bezahlt werden. Mit 45 M im Monat allein seinen Verpflichtungen nachzukommen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn trotzdem auch nach den vorgenommenen Kürzungen die Unterfüßenden hier in Karlsruhe über den vorerwähnten allgemeinen Richtfah hinausgehen, so beweist dies, wie unzulänglich die Fürsorge im allgemeinen ist.

Die Zahl der vom Fürsorgeamt betreuten Personen beläuft sich z. B. auf circa 8000. Täglich werden ungefähr 3 bis 400 Personen abgefertigt, was in Anbetracht des geringen Beamtensandes und der völlig ungenügenden Räumlichkeiten ein gewaltiges Stück Arbeit darstellt. Von einer wirklich individuellen Behandlung, die infolge der Verchiedenartigkeit der Fälle notwendig wäre, kann hierbei keine Rede sein. Auch ist es nicht angebracht, daß verschiedene Personen auf einmal in den Aufnahmerräumen anwesend sind und jedes Unterstützungssuchende im Besonderen auf andere Weise Anliehen vorbringen muß, wobei bekanntlich die Anträge intimer familiärer Verhältnisse oft notwendig ist. Es sollte deshalb für andere geeignete Räumlichkeiten unbedingt gefordert werden, denn der Zustand, wie er z. B. auf dem Fürsorgeamt A herrscht, ist unhaltbar und einer Stadt wie Karlsruhe unwürdig.

Das Fürsorgeamt K

Im zweiten Stock in der Frequenz steht das Fürsorgeamt K, das im Laufe des Jahres und Wabstrabe sein Domizil aufgeschlagen hat und die Rentensulabangelegenheiten der Kriegserkrankten und Hinterbliebenen sowie für die Kriegserkrankten und Kriegspensionäre zu bearbeiten hat. Zur Zeit stehen bereits 7000 Personen in seiner Fürsorge. Es ist eine Abteilung für Leicht- und Schwerkrankenbeschädigte eingerichtet. Im Gegensatz zum Fürsorgeamt A sind hier Wartezimmer für beide Abteilungen vorhanden. Die gewährt Unterstützung erstreckt sich auf Barlohn, Holz, Kohlen, Gas, Elektrizität, Lebensmittel usw. Es ist das System der losen Familieneinheit eingeführt, wonach im Falle der Hilfsbedürftigkeit alle Familienmitglieder betreut werden, was im Interesse der Einfachheit und gründlichen Bearbeitung von großem Vorteil ist. Des Weiteren ist dem Fürsorgeamt K eine Berufsberatungsstelle und ein Arbeitsnachweis für Schwerkrankenbeschädigte und Arbeitsdienstbeschädigte eingefügt. Klage muß darüber geführt werden, daß die Einstellung von Schwerkrankenbeschädigten oft auf große Schwierigkeiten stößt und so manche Firma und Person, die sich sonst in der Öffentlichkeit so gerne als große Wohlthäter preisen, in dieser Beziehung zu den sozial rückständigsten Elementen gehören. Auch beim Fürsorgeamt K sind die im Voranschlag vorzulebenden Mittel bei weitem erschöpft, ein Beweis, daß die Not der Bevölkerung sich eben nicht nach dem Voranschlag richtet.

Neben den Fürsorgeämtern A und K, die den Löwenanteil in der Fürsorge zu bewältigen haben, bestehen noch die

Die Arbeiterchaft kann sich hiermit unmöglich aufreiben geben und wird namentlich die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium, als der letzten Instanz, beantragen. Ueber das weitere Ergebnis dieser Verhandlungen werden wir an dieser Stelle weiter berichten. Die Arbeiterchaft wird auf sich, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten.

Briefkasten der Redaktion

Nr. 300. Sobald in einer Generalversammlung eines eingetragenen Vereins die satzungsgemäße Mehrheit einen bestimmten Vereinsbeitrag beschließt, so haben diesen Beitrag alle Mitglieder zu bezahlen. Er kann sogar gerichtlich eingetrieben werden.

H. D. W., Baden-Baden. Eine Volksabstimmung wegen der Kürzenabfindung herbeizuführen ist viel schwerer, als sie glauben und wie allgemein angenommen wird. Das Volksbegehren nach Art. 73 der Verfassung ist ein außerordentlich

Fürsorgeamt J für die Jugendfürsorge sowie das Zentralfürsorgeamt (Z). Die Unterstützungen bei allen Fürsorgeämtern erstrecken sich nicht nur auf Gewährung von Nahrungsmitteln, Holz, Kohlen, Kleidern, Schuhen, Gas und Elektrizität, sondern auch auf die Heilfürsorge, wie Bezahlung der Arzt- und Apothekerhonorare, Krankenhaus- sowie sonstiger Beilanzkosten und Erholungsurlaubskosten für Erwachsene und Kinder usw. Der Tätigkeitsbereich der Fürsorgeämter ist also ein sehr ausgedehnter, er erstreckt sich auf alle Teile der Fürsorge. Prinzip ist: Der notleidenden Menschheit zu helfen.

Die städtische Tuberkulose-Fürsorge

Von außerordentlicher Wichtigkeit im Fürsorgewesen ist das Tuberkulose-Fürsorgeamt. Ueber die derzeitige Situation in der Tuberkulosefürsorge wird uns in anerkannter Weise von einem sehr geschätzten Spezialarzt geschrieben:

Die Tuberkulosesterblichkeit in Karlsruhe läßt erfreulicherweise gegen das Vorjahr eine weitere Abnahme erwarten. In den ersten 11 Monaten ds. Js. sind, nach vorläufigen statistischen Zusammenstellungen der Tuberkulosefürsorgestelle, 150 einheimische gegen 167 im selben Zeitraum des Vorjahres an Tuberkulose aller Art gestorben. Danach wäre mit einer Sterblichkeit von etwa 11,7 auf 10 000 Einwohner (ohne Auswärtige) und einer Abnahme um etwas mehr als 1 auf 10 000 Einwohner zu rechnen. Ob auch die Tuberkuloseerkrankungen schon abgenommen haben, ist zweifelhaft und wird z. B. geprüft. Gegen eine solche Annahme spricht z. B. die Vermehrung der Zahl der bekannten schweren Tuberkulosefälle bei der Karlsruher Fürsorgestelle. Andererseits ist der Zubrang zu den Volksfürsorgeämtern in den letzten Monaten etwas geringer geworden. Es erfüllt mit einer gewissen Befriedigung, wenn man den heutigen Sterbeschein die der Bekräftigung, belz diesbezüglich die von 1910 gegenübergestellt; diese war mit 23,14 auf 10 000 Einwohner (einschließlich einige Auswärtige) und das doppelt so hoch wie jetzt. Während der Kriegszeit und in den Inflationsjahren war die Tuberkulosesterblichkeit z. T. noch höher, selbst 1923 betrug sie noch 22,7 auf 10 000 Einwohner. Der Einfluß der Volksernährung, der Gesundheitspflege und der Fürsorgemaßnahmen auf die Tuberkulosesterblichkeit ist bekannt. Man erfährt auch aus diesen neuesten Feststellungen wieder mit einer Deutlichkeit, die nicht übertroffen werden kann, was durch die Verbesserung der Lebenshaltung in den letzten 2 Jahren und die umfassende Fürsorge erreicht worden ist. Denn, wenn auch bis jetzt die Verbütung einer leichten Tuberkuloseerkrankung nicht immer möglich ist, so kann doch in sehr vielen Fällen, wenn rechtzeitige Hilfe einsetzt, die Verschlimmerung und der Ausgang in Schwindsucht verhütet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir bei Verbesserung unserer Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Verbesserung der Wohnungs- und Ernährungsfürsorge weitere Fortschritte sehen werden. Wenn die beginnenden Erkrankungen zur Ausheilung gebracht und durch Schaffung von weiteren Anhalten insbesondere für Offentüberkürfe auch die Veranlassungen vermindert werden, muß sich in absehbarer Zeit auch eine Besserung der schweren Tuberkuloseerkrankungen ergeben.

Wenn man aber infolge der letzten Geldmangelheit etwas an den Mitteln für die Ernährungsfürsorge im allgemeinen und die Tuberkulosefürsorge im besonderen alljährlich sparen wollte, dann würde mit großer Wahrscheinlichkeit erneut eine Zunahme der Tuberkulose zu erwarten sein. Die Erfahrungen der Kriegszeit und des Inflationsjahres 1923 müssen uns ein für allemal die Augen geöffnet haben. Die Warnung eracht ich als alle, die dafür die Verantwortung zu tragen haben.

Soffentlich verhalte sich Warnung von ärztlicher Seite bei den maßgebenden Stellen nicht nutzlos. Sie lehrt uns, daß keine Kürzung der Fürsorge am Platze ist, sondern eine ausreichende Hilfe schon im Interesse der Gesunderhaltung der notleidenden Menschen!

Ungebührliches Betragen gegenüber den Beamten — Mißbrauch der Fürsorge

Es ist ganz klar, daß ein im Unterstützungswesen beschäftigter Beamter von sozialem Geist erfüllt sein muß, denn sonst versteht er weder die Noth der Fürsorgeberechtigten noch würde er das nötige Verständnis für die Behandlung der Materie besitzen. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß auch für den Beamten bestimmte Richtlinien bestehen und daß selbst der sozialst veranlagte Beamte nicht alle Wünsche der Notleidenden erfüllen kann. Es ist deshalb sehr verwerflich und kann nicht genug verurteilt werden, daß es Leute unter den Fürsorgebedürftigen gibt, die bei jeder Gelegenheit über die Beamten schimpfen, ja ihnen sogar Drohworte wie „Sols-abhneiden“ oder „Aufhängen“ ins Gesicht schleudern. Es kann auch vorkommen, daß nicht jeder Beamte das wünschenswerte Verständnis an den Tag legt, aber was die Beamten im allgemeinen oft zu Schimpfereien usw. einfließen müssen, ist nicht nur nicht angebracht, sondern schadet dem einzelnen wie auch der Gesamtheit der Fürsorgeberechtigten mehr, wie sich die Schimpfereien vorstellen. Gewiss ist auch zuzugabe, daß der Fürsorgebedürftige gereizt und erbittert ist, aber es hat alles seine Grenzen, denn der Beamte muß schließlich doch nur ausführen, was ihm von seiner vorgesetzten Behörde befohlen wird. Wenn deshalb z. B. bei den erfolgten Kürzungen an den Beamten Vergeltung zu tun versucht wird, so ist dies vollauf unangebracht. Ein anständiges Auftreten und Benehmen dürfte wahrscheinlich mehr nützen als das umgekehrte. Nicht nur der Beamte muß die Not der Fürsorgebedürftigen verstehen, sondern der letztere auch die Tätigkeit der Beamten.

Das es auch Leute gibt, welche die Fürsorge zu mißbrauchen versuchen, hat die Praxis schon oft ergeben. Diesen Leuten das Handwerk zu legen, liegt nicht nur im Interesse der Fürsorge und der Stadt- und Staatsfinanzen, sondern auch im Interesse der Unterstützungsberechtigten selbst. Ein Mißbrauch der Fürsorgeeinrichtungen — und es wird dies auf die schmerzhafteste und gemeinste Art vorzucht — schadet der Fürsorge der Fürsorgebedürftigen mehr, als man sich gemeinbin vorstellen kann. Es muß deshalb Sache aller sein, in der Bekämpfung dieser Elemente die Hand anzulegen, damit die Unterstützung auch wirklich denen ausfällt, die sie bedürftig haben.

kompliziertes Unternehmen und kostet denen, die es in die Wege leiten, sehr große Summen. Wir glauben nicht, daß eine ihrer Verantwortungen bewusste Organisation in dieser Zeit Arbeiterroschen für diesen Zweck auf das Spiel setzen will, wenn sie nicht die sichere Ueberzeugung hat, mit ihrem Vorschlag bei der Volksabstimmung wirklich durchzudringen. Um diesen Erfolg zu sichern, muß der Wortlaut des vorzuschlagenden Gesetzentwurfes sorgfältig überlegt werden. Der Gedanke liegt nahe, daß ein Vorschlag, der den ehemaligen Fürsten etwas läßt, mehr Aussicht hat, angenommen zu werden, als einer, der ihnen alles nimmt. Würde aber der Vorschlag einer entscheidungslosen Entscheidung, gegen den sich alle bürgerlichen Parteien wenden würden, abgelehnt werden, was wäre dann die Folge? Die Fürsten würden alles bekommen, was sie verlangen, und die Arbeiterorganisationen wären um sehr große Summen ärmer.

H. K. B. Sie haben Aufwertung (12 1/2 %) zu bean spruchen.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Herx

Nachdruck verboten.

180

(Fortsetzung)

Der Auftrag kam ihm gerade nicht sehr gelegen, aber er ließ trotzdem. Und dann sah er da und lauschte hinüber, während er so still wie möglich arbeitete, um Vater Lasse nicht zu wecken. Aber dann war es Zeit für die Kinder, aufzustehen; zum letztenmal dachte er an die Wand und hörte Mariens schlaftrunkenes „Ja-a!“ Die nächtliche Stille war im selben Augenblick gebrochen, die Bewohner taumelten hinaus, rannten auf nackten Füßen an die Kloabische und knallten mit den Türen. „Die Prinzessin jammert“, sagten sie zueinander. „Sie meint, weil sie das verloren hat, was sie nie wiederbekommt.“ Dann steigerte sich das Jammern zu einem lauten Schrei, und plötzlich wurde es still da draußen.

Die arme Hanne! Nun hatte sie einen Mund zu versorgen, und wo war der Vater dazu? Sie ging einer harten Zeit entgegen.

Lasse sing heute nicht auf Arbeit, obwohl die Hochzeit erst am Nachmittag stattfinden sollte. Er war von früher Morgenstunden an feierlich gestimmt und gab acht auf Pelle, daß er nichts über Kreuz legte und dergleichen. Und Pelle lachte jedesmal.

„Ja, du lachst“, sagte Lasse, „aber dies ist ein wichtiger Tag — vielleicht der wichtigste im Leben. Da soll man wohl aufpassen, daß sich die erste beste Kleinigkeit einem das Ganze verbirbt.“

Er ging umher und betrachtete alles als Vorbereitung. Mit der Sonne war er zufrieden, sie ging aus einem Saal auf und wurde im Laufe des Tages immer heller. Es war nie gut, wenn es zu strahlend begann.

Marie ging umher und betrachtete Pelle mit einem Ausdruck unterdrückten Kummers — wie eine Mutter, die ihr Kind hinausendet und sich Mühe gibt, froh zu scheinen, dachte er. Ja, ja, sie hatte sich nach mancherlei Richtung hin seiner wie eine Mutter angenommen, obwohl sie noch ein Kind war; sie hatten ihn in ihr Nest aufgenommen wie einen verlassenen Vogel und ihn mit Staunen an sich vorbeizugucken lassen. Er hatte ihnen heimlich geholfen, wo er konnte. Aber was bedeutete das im Verhältnis zu dem Singens, der ihm die Arbeit leicht machte, wenn er sah, wie die drei Verwaiseten die Sache so nahmen, wie sie war, und selbst ihr ganzes Dasein auf nichts aufbauten. Wer sollte ihnen nun über die schwierigen Stellen hinweghelfen, ohne daß sie die Hand bemerkten? Er mußte ein wachsameres Auge auf sie haben.

Marie hatte heftige Wangen und glänzende Augen, als er ihre rauhe Hand in der seinen hielt und ihr für gute Nachbarschaft dankte. Er kämpfte in ihrem engeren Busen, ein Widerstreben verborgener Schönheit lag über ihr. Pelle hatte das Blut gelehrt, den Weg in ihr graues Antlitz zu finden; wenn bei ihr etwas stark in den Vordergrund trat, glühten ihre Wangen, und ein wenig von der Farbe blieb jedesmal zurück. Es war, als ob die Säule in ihr durch seine Gesundheit miffingelte, und nun stand sie hier und suchte die verträglichste Stelle zu zerstreuen und ihm dabei Trübsal entgegenzusetzen, vermochte es aber nicht. Plötzlich fiel sie ihm um den Hals. „Pelle, Pelle!“ sagte sie und bohrte ihr Antlitz in seine Brust hinein. Und dann ließ sie in ihre Stube.

Lasse und Pelle trugen die letzten Sachen in die Wohnung hinüber und setzten alles an Ort und Stelle; dann kleideten sie sich in den feinsten Putz und gingen zu Stollens hinaus. Pelle hatte zum erstenmal in seinem Leben einen Zofen auf und sah ganz statlich aus. „Du siehst einem Großbürger“, sagte Lasse und konnte sich nicht satt an ihm sehen. „Aber was meinst du, daß sie zu den alten Lasse sagen? Es sind doch halbwegs feine Leute, und ich verstehe ja gar nicht, mich zu gebürden. Wäre es nicht am Ende besser, wenn ich umkehrte?“

„Ach, rede doch nicht so, Vater.“ sagte Pelle. Lasse freute sich ungeheuer darauf, zur Hochzeit zu kommen, hatte aber doch allerlei Bedenken. Die letzten Jahre hatten ihn Fremden gegenüber sehr gemacht, und er froh gart in die Ecken. Seine Feiertagskleider waren auch mit drauf gegangen und sein heutiger Staat war zusammengesetzt; den langen Rock hatte er eigens zu diesem Zweck gemietet, und der weiße Kragen und die Manschetten gehörten Peter. Er fühlte sich nicht heimlich in seinen Kleidern und sah aus wie ein generier Konfirmand.

Draußen bei Stollens stand das ganze Haus auf dem Kopf. Die Gäste, die mit zur Kirche sollten, waren schon gekommen; sie gingen in der Wohnstube umher und plätscherten vor sich hin, sahen auf die Straße hinaus und langweilten sich. Stollens Schreibtisch war in ein Büfett verwandelt, und die Brüder sogen Bierflaschen auf und nörkelten gemütlich. „Ach, nehmen Sie doch noch ein kleines Stück Anachot dazu, man wird ja ganz trocken im Hals, wenn man so lange dasteht und nichts isst.“

Drinnen in der guten Stube ging Stolpe auf und nieder und brumpte. Er war in Hofenträgern und wartete, daß an ihn die Reihe käme, die Schlafstube zu benutzen, wo Ellen und die Mutter sich eingeschlossen hatten. Von Zeit zu Zeit wurde die Tür ein klein wenig geöffnet, und Ellens nader weicher Arm kam zum Vorschein und warf dem Vater ein Kleidungsstück hinein. Dann bekam Pelle den Schlüssel und war ganz geschnübelt.

Nun kam Stolpe herein und war fertig. Pelle mußte ihm nur den Kragen aufknöpfen. Er reichte Lasse die Hand und ging dann hin und nahm den „Arbeiter“. „Hier sollen Sie mal hören, was sie von Ihrem Sohn sagen“, sagte er und begann zu lesen:

„Unser junger Parteigenosse Pelle feiert heute Hochzeit mit der Tochter eines der ältesten und wohlverdientesten Männer der Partei, Maurer Stolpe. Der junge Mann, der schon ein gutes Stück Arbeit für die Sache getan hat, wurde gestern abend einstimmig zum Vorsitzenden seiner Organisation vorgeschlagen. Wir geben dem jungen Paar unsere besten Wünsche mit auf den Weg!“

„Das läßt sich hören, was?“ Stolpe reichte den Gästen das Blatt.

„Ja, weiß Gott, das ist gut“, saaten sie und liehen das Blatt von Hand zu Hand geben. Lasse bewegte die Lippen, als wenn auch er die Notiz durchlese: „Ja, verteuert, wie sie das zusammenstellen können“, sagte er entsetzt.

„Aber was ist den das mit Petersen — will er abgeben?“ fragte Stolpe.

„Er ist ja krank“, erwiderte Pelle. „Ich bin übrigens gestern abend nicht da gewesen, daher weiß ich von nichts.“ Stolpe sah ihn erstaunt an.

Frau Stolpe kam und zog Pelle in die Schlafstube hinein, wo Ellen als schneeweiße Offenbarung stand, mit langem Schleier und Morientrans im Saar. „Eigentlich solltet ihr beide euch ja nicht sehen, aber ich finde, das ist unrecht“, sagte sie und schob sie mit einem liebevollen Blick einander in die Arme.

Federik, der aus dem Fenster hinausgesehen hatte, um nach dem Wagen zu sehen, kam und donnerte gegen die Tür. „Der Wagen ist da, Kinder!“ brüllte er zweifelslos laut. „Der Wagen ist da!“

Und so rollten sie denn von dannen, die paar Schritte bis nach Sankt Hans hinüber. Pelle mußte kaum von dem, was mit ihm vor sich ging, ehe sie wieder im Wagen saßen, man mußte ihn anfahren, wenn er irrend etwas tun sollte, er sah nur Ellen. Sie war seine Sonne, alles andere ging ihm nichts an. Am Mar hatte er ihre Hand ergriffen und sie während der ganzen Handlung in der seinen gehalten.

Federik war zu Hause geblieben, um Voten und Leute, die mit Glückwünschen kamen, anzunehmen. Als sie zurückkehrten, lag er zum Fenster hinaus und warf Fröhen und Knallertsen vor die Pferde, als Salut für das Brautpaar.

Man trank ein Glas Wein, stieß mit dem jungen Paar an und beschah die Hochzeitsgäste. Stolpe sah nach der Uhr, es war noch sehr früh. „Ihr müßt ein wenig spazieren gehen“, Vater“, sagte Frau Stolpe. „In den ersten zwei Stunden können wir noch nicht essen.“ Da gingen die Männer nach Petergades Garten hinüber, um eine Partie Kegel zu spielen, während die Frauen das Essen bereiteten.

Pelle wäre am liebsten bei Ellen zu Hause geblieben, aber er mußte ja mit; er und Lasse gingen nebeneinander. Lasse hatte Pelle noch gar nicht so recht Glück gewünscht; er hatte sich das aufgespart, bis sie unter vier Augen sein würden.

„Na, Glück und Segen, mein Junge“, sagte er bewegt und drückte Pelles Hand. „Nun bist du also ein Mann mit Familie und Verantwortung. Verges nicht auch nicht, daß die Frauenszimmer wie die Kinder sind. In ersten Sachen soll man nicht zu viel Weisens aus ihnen machen, sondern kurz und gut lazen; so soll es sein! — Das paßt ihnen am besten. Täglich man erst an, allzuviel mit ihnen zu verhandeln, dann wissen sie sich, nach welcher Seite sie wollen. Sonst sind sie ganz gut, und es ist leicht, mit ihnen auszukommen — wenn man sie bloß gut behandelt. Mir ist es nie schwer geworden, denn eine feste Hand mögen sie gern. — Mit deinen Schwiegereltern kannst du zufrieden sein; das sind prächtige Leute, wenn sie auch ein bißchen nachstos sind. Und Ellen wird dir eine gute Frau werden — wenn ich mich recht auf die Weiber verstehe. Sie paßt auf ihre Sachen auf und wird die Reize auf zusammensubstanz wissen. Lang im Leib ist sie wie das fruchtbare Vieh — an Kindern wird es euch nicht fehlen.“

Draußen im Wirtshaus wurde schmiedischer Funck serviert, und Lasses Humor klag. Er verlor, eine Partie Kegel zu spielen — das hatte er noch nie getan, und er bekam auch Mut, Wisse zu machen. „Der ist den Scherben, Vater“, sagte Pelle, als abgerechnet wurde. Der Alte hatte verloren.

„Ja, an Scherben ist hier kein Mangel“, erwiderte Lasse munter — „ich hab' feinerzeit viele Feder Steine zu Scherben setzlos!“

(Fortsetzung folgt.)

Armeemarsch Nr. 227

Es war im Jahre 1910, als Wilhelm der Zweite in Armeemarsch machte. Jedes Regiment erhielt seinen besonderen Regimentsmarsch. Das ist ein. Ein sehr musikalischer, aber wenig militärischer Bundesmarsch sollte damals einige Zeit in Berlin und lauschte beim Spazierengehen auch den Gassenhauern und Volkswesen, die die Leute aus dem Volke pfiffen. Die Berliner sind nämlich nicht nur sehr pfiffig, sondern auch sehr preislich. Die Gassenhauer kannte der musikalische Fürst bald heraus; aber verschiedene Weisen, die er sehr oft singen oder pfeifen hörte, und die ihm außerordentlich gut gefielen, blieben ihm unbekannt. Um sie zu behalten, piff er sie selbst vor sich hin und brachte sie so mit in seine Kleiden.

Der feste er sich an sein Klavier und komponierte aus den betreffenden Motiven, die er in Berlin gehört und die ihm so gut gefallen, einen Marsch, den er sorglich seinem kaiserlichen Vetter nach Berlin schickte. Da der musikalische Fürst kein Plagiat begehen wollte, hatte er seinem Marsche in Klammern die Anmerkung beigefügt: „Nach einem alten Soldatenlied.“ — Alte Soldatenlieder waren Wilhelms Schwäche, so bestimmte er denn, daß der Marsch, wenn sich schnell danach marschieren lasse, unter die Armeemarsche aufzunehmen und dem Leibregiment als Komponisten als besonderer Regimentsmarsch zuzuwenden sei.

Im Kriegsministerium fand man, daß sich nach der Komposition des Bundesfürsten wirklich tadelloser marschieren ließe. So kam denn der Marsch als Armeemarsch 227, komponiert von Sr. Maj. Hobelt dem Großherzog von X., in die Notenhefte für die Militärkapellen.

Wenige Tage später feierte der Bundesfürst nach Belästigung seines Leibgarderegiments vom Exzerzierplatz an der Spitze des Regiments mit klingendem Spiel in seine Residenzstadt zurück, in die er viel stolzer einzog als man es sonst an dem unmillitärischen Herrn gewohnt war. Aber er hatte auch Grund, stolz zu sein; viele doch die Regimentskapelle seinen selbst komponierten Armeemarsch Nr. 227.

Der Weg zur Kaserne führte auch an dem Polizeipräsidium vorbei und der Polizeipräsident der Residenz gehörte ausnahmsweise zu den musikalischen. Schon als er den Armeemarsch zum erstenmal hörte, stürzte er in das Zimmer des Polizeihauptmanns und schaute diesen an: „Eine schöne Melodie, Dulbet am hellen lichten Tage in der großherzoglichen Residenz eine verbotene Wahlrechtsdemonstration mit klingendem Spiel! Sofort alarmieren und die Straße zum Schloß sperren!“ — Demonstration?“ fragte der Polizeihauptmann und macht ein dummes Gesicht. „Ja, hören Sie denn nicht die Arbeiter-Marschmusik spielen?“ erwiderte sich der Polizeipräsident. Da trat der Polizeihauptmann an das Fenster und zeigte auf die ge-

radig vorübermarschierende Kapelle des Leibgarderegiments. Bemerkte hätte den Polizeipräsidenten der Schlag gerührt. In der Spitze des Regiments ritt der Großherzog, förmlich strahlend von stolzer Freude, und die Regimentskapelle vor ihm spielte die Arbeiter-Marschmusik.

Die geübten und gelungenen Volkswesen, die dem musikalischen Bundesfürsten in Berlin so gut gefallen hatten, waren der Arbeiter-Marschmusik gewöhnt, die 1910, im Jahre des Wahlrechtskampfes, besonders häufig geübt und gesungen wurde. Nach der Marschmusik, die in schließlich auf ein altes Soldatenlied ist, hatte der Bundesfürst den Armeemarsch Nr. 227 komponiert. Der Kapellmeister des Leibgarderegiments hatte nicht gemocht, auf die Beifälligkeit der großherzoglichen Komposition mit der Marschmusik hinzuwenden, ja, es war sogar gefährlich, in den Verdacht zu kommen, die Arbeiter-Marschmusik überhaupt zu kennen.

Der Polizeipräsident meldete sich zur Audienz beim Großherzog und machte unter allerhand unerlässlichen Bindungen auf die Beifälligkeit des alten Soldatenliedes, das dem Armeemarsch Nr. 227 zugrunde liege, mit der Marschmusik aufmerksam. — „Na, was schadet das?“ meinte der musikalische Bundesfürst. „Die Marschmusik wird hier, als mein Urarabvater der Verbündete Napoleons des Ersten war, schon oft genug von Militärkapellen gespielt worden sein.“ — Dennoch wurde die Marschmusik nicht wieder von der Kapelle des Leibgarderegiments gespielt. Kurz darauf verjagte der Armeemarsch Nr. 227 auch aus den Notenheften der Militärkapellen.

Kunst und Wissenschaft

Badischer Kunstverein

I.

Im Badischen Kunstverein ist Weihnachtsausstellung. Wenn man durch die Säle geht, so sieht man nur ganz vereinzelt — bis jetzt zwei — die roten Bernerkerzen, „Berntaler“. Es ist bekannt, daß auch hier, wie auf dem gesamten Kunstmarkt kein Ablass ist. Andere Künstler sind in bitterer Not. Wenn die Berliner Künstlergesellschaft energigsten Protest gegen den Verkauf der „Berliner Göttin“ erhebt, so ist dies sehr beachtenswert. Man ist enttäuscht, wenn man die Reproduktionen der göttlichen Götter-Menschen in den Zeitungen sieht und verachtet sich höchlich, sobald man liest, daß für viele Statuen die Nummern von einer Million bis hinunter zu hunderttausend, mußte. Der Kunsthistoriker und der Wissenschaftler haben wieder einmal die Stirnrunzeln gerunzelt, der Staat hat daraufhin eine Million bezahlt. Der Staat, also das an der Kunst interessierte Publikum, hat für derartige „Ideale“ kein aufnahmefähiges Organ, ein kleiner Teil heuchelt wohl Bewunderung, um dadurch zu den Gebildeten gerechnet zu werden, die meisten sehen hier aber wieder mit Kopfschütteln abwärts und fordern verärgert der Berliner Göttin den Rücken. Aus all den abwertenden Protesten hat man den Unterton herauszuhören können, daß endlich einmal Lippe und Klar zum Ausdruck kommen muß, daß unsere Galerien Eigentum des Staates sind. Er kommt für ihren Unterhalt auf und daher hat das Volk ein Recht zu verlangen, daß man auf seinen Geschnitten Rücksicht nehme. Die Kunsthistoriker werden selbstredend sofort einwenden, daß kann nach und nach eine Sammlung von Kunst der Galerieeinrichtungen werden. Dem kann leicht vorgebeugt werden. Sollte bei der Herausgabe von einer Willkür Reichsminister für eine primitive Statue aus dem letzten vorchristlichen Jahrhundert das Publikum mitzureden gehabt, so wären sicherlich Stimmen laut geworden, die den Verkauf gemacht hätten, mit dieser Million das große Elend unter der deutschen Künstlerklasse lindern zu helfen. Es ist höchst erfreulich, zu erfahren, daß unter badischen Kultusministerium in den Versuch gemacht wird, trotz der schwierigen Finanzlage des Staates, eine Summe zum Ankauf von Kunstwerken badischer Künstler aufzubringen, um einträglicher der Not zu wehren. Auch die badische Weihnachtsausstellung des Kunstvereins erwerben.

Die Ausstellung ist gar mannigfaltig. Viele Namen, alte und neue, auch neue sind zu lesen. Von den bekanntesten, deren Qualitäten hier schon rühmlich betont worden, sind zu nennen: v. Kavenstein, He, Wolmann, Eichrodt, Lutz, Hausmann u. a. An Kutterers Arbeiten, besonders an seiner „Strohe im Schnee“, fällt immer wieder der Zug ins Große auf, den auch das kleinste Format des Künstlers hat. Wadlort, der diesmal als Landhüter gekommen ist, zeigt viel Liebe bei Engelhard seine Pferde festgehalten. Start merrlich empfunden ist Waldburgers schmerzliche Wölfe. Die Arbeiten von Sieber sind gut gemacht, sind natürlich, warm im Ton. Als Wölfe wie als Wölfe ist Winkel „Am Spinnrad“ auf gelungener. Leonhard, der sich vom Weltall auf die Weinwand verlegt, hat einen ausgesprochenen Kinderkopf ausgeföhrt. Kompositionell vorzüglich angelegt ist Breuners „Große Tanne“, er zeigt sich als feinsinniger Kolorist. Bode hat ein lauter, klar und gefällig gearbeitetes Stillleben. Kullrichs Interieurarbeit ist gewiss nicht durchgearbeitet, er läßt sich seinen intimen Plättchen einsehen. Ebenso gewissenhaft verfährt Hummel. Mit einer gewissen Weidenhaftigkeit hat Graf seinen Wasserfall behandelt. Siegrist hält den Vergleich aus mit dem, was auf seiner Linie sich bewegt. Kräftig mit klarem breiten Strich gemalt, steht Paul Kullrichs „Ammer Hütte“ da. Die herbstlichen Töne, die Grether in seinen „Sonnigen Wint!“ hinein komponierte, geben dem Bild Gemütsruhe. Mit feinerem Bild hat Dertel scharfgezeichnet seinen Hühnerhof behandelt. „Selbstmattigen Geistes“. In Brukers Waldhaas steht etwas Lebendiges, Frisches. In einer guten Stunde glühte Parrot ein Studentent.

Was als Frucht weiblichen Kunstschaffens ausgeföhrt ist, ist besonders der Beachtung wert. Mit großer Gediegenheit hat Velle Lang wieder ein Winterbildchen in Unterlagsmaterial ausgeföhrt. Es zeigt sich darin viel Grazie, ebenso wie in der Weidenhaftigkeit von Anna Eichrodt, die mit leichter Hand dieses diffizile Material zu behandeln weiß. Ebenfalls eine meisterliche Arbeit ist das Aquarellchen von Marie Schweser, die mit diesem Werkchen auf ein aus der Mode gekommenes Gebiet der Frauenkunst hinweist.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Für Dienstag, 8. Dezember, ein Neuentwässerung von Verdis „Amelia“, oder „Ein Wosterhall“ in Aussicht genommen, und zwar unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner und unter künstlerischer Leitung von Otto Kraus. Die Hauptpartien sind von Engel, Hecht, Amelia; Lily Blättermann, Ostarr; Maria von Engel, Richard; Wilhelm Kertowis, Tom; Christian Landt, Fischer; Hans Siegfried, Silvio; Karlheinz Löfer, Ulrika; Margda Estrad, Renes Rudolf Wenzel, Samuel; Dr. Hermann Wacker, Pionna.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 7. Dezember

Geschichtskalender

7. Dez.: 43 v. Chr. Ermordung des römischen Staatsmannes Cicero bei Formia. — 1835 Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn (Nürnberg-Büch). — 1920 Reichserhebung (SPD und USPD) in Sachsen.

Parteianrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Sozialdemokratische Stadtratsfraktion. Heute abend 8 Uhr im kleinen Rathhausaal Fraktionsitzung, zu der das Erscheinen aller sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder unbedingt erforderlich ist.

Rechnungskommission des „Volksfreund“. Dienstaufnahme pünktlich 1/2 Uhr Sitzung im „Volksfreund“-Gebäude (Redaktion).

Denk der Vögel

Gewaltige Schneemassen hüllen die Erde ein. Alles Leben in der Natur ist erstickt. Da denkt der fühlende Mensch, dass sich der Schönheiten des Sommers freut, mitleidig der geerbten Sängern, deren kleines Leben jetzt in harter Winterzeit durch Kälte und Hunger bedroht ist. Besonders die kleinen Vögel, die Kuckucke, die Emmerlinge usw. sind jetzt in großer Not. Leider hat die doch so furchtsame Anfertigung von Futterkäfigen und Futterhäuschen in der letzten Zeit sehr abgenommen. Früher gab es in den kleinen Dörfern kaum ein Haus ohne Futterkasten für die Vögel und auch in größeren Städten fand man in allen Straßen vor dem Fenster mit Tannenzweigen umkleidete Futterkäfige, an denen sich natürlich die bunlige Vogelwelt ein Stellweiden gab. Dieser gute, dem naturliebenden und mitleidigen Herzen des Deutschen, der doch seine geerbten Sängern so lieb, einprägsame Brauch sollte in demselben Umfang wie früher wieder aufgenommen werden. Dies umso mehr, als die Herstellung solcher Futterkäfige auch den Kindern übertragen werden kann, die dadurch zur Tierliebe und zur Liebe an der Natur erzogen werden. Die Fütterung freilich muß schon von Erwachsenen vorgenommen werden, weil sonst aus der Notlage für unsere kleinen Freunde nur allzuoft eine Plage wird. Besonders muß man sich davor hüten, den kleinen Vögeln angetrocknete Speck oder dergleichen zu streuen, da erfahrungsgemäß die kleinen Vögel daran zugrunde gehen. Nochmal also: Gedenket der bunligen Vögel!

Die Vertreterversammlung des Lebensbedürfnisvereins

Am 3. Dezember 1925 im Kolosseum statt. Auf der Tagesordnung der Versammlung stand zunächst der vom Vorstand erstattete Geschäftsbericht über das erste Halbjahr 1925, der insbesondere über die starke Umfesterung, zahlreiche Verbesserungen und den in jeder Beziehung günstigen Stand der Genossenschaft informierte. In der Erörterung kam weitgehend die Verteidigung der genossenschaftlichen Fortschritt zum Ausdruck; auch wurden von den Vertretern zahlreiche Anregungen gegeben und Wünsche geäußert. Sodann unterbreitete der Vorstand namens der Gesamtverwaltung Richtlinien über die Aufwertung der Hypotheken, Sparzinsen, Schuldverschreibungen und Geschäftsaufgaben. Nach dem Beschluß der Verwaltung sollen Hypotheken nach den geltenden Bestimmungen aufgewertet werden. Sparzinsen sollen auf 25 Prozent des Goldwertes aufgewertet werden. Bei den Sparzinsen findet die Aufwertung auf 25 Prozent des Goldwertes auch dann statt, wenn — wie fast ausschließlich der Fall — eine Kündigungsrücklage nicht vereinbart war, wenn es sich also um sogenannte Kontokorrentgelder handelt, die nach den Vorschriften des Aufwertungsgesetzes nicht aufgewertet zu werden brauchen. Auch in Bezug auf die Bestimmungen der Sparzinsen und Schuldverschreibungen soll über die Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes hinausgegangen werden, durch Festsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent für 1925 und 8 Prozent für 1926. Die Sperrfrist für Sparzinsen und Geschäftsaufgaben am 31. Dezember 1931. Der Vorstand soll jedoch mit Zustimmung des Aufsichtsrats berechtigt sein, in besonderen Fällen Aufwertungsbeiträge vor Ablauf der Sperrfrist zurückzugeben. Um eine über die Richtlinien hinausgehende Aufwertung zu ermöglichen, soll ein besonderer Aufwertungsreferendumsverfahren geschaffen werden, der in den nächsten Jahren regelmäßige Zuweisungen erhalten soll. Insbesondere ist zunächst an eine Aufwertung der gesamten Schuldverschreibungen gedacht, die von der Behörde als obligationsrechtliche Obligationen behandelt werden und für die demgemäß der Aufwertungsbeitrag von 150 Goldmark pro 1000 Mark Nennwert an das Reich gezahlt werden muß. Der Vorstand führte aus, daß schon mit diesen Richtlinien in der nächsten Zeit die Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes zum Gunsten der Mitglieder übertrifft werden. Trotzdem sollte man durch die Erziehung des Aufwertungsreferendums auch weitergehenden Aufwertungsansprüchen nach Möglichkeit Rechnung tragen. Eine definitive Regelung sei a. Z. nicht möglich, da die Errechnung der Goldwerte der offenen Geschäftsaufgaben — es handelt sich um eine halbe Million Mark — noch lange nicht beendet sei. Eine volle Aufwertung kann allerdings nicht in Aussicht gestellt werden, da diese Inflationserwartungen erfüllen läßt.

In der Erörterung wurde von den Vertretern die Anerkennung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Einwirkung der Aufwertungsfrage mit der Entwicklung des Vereins gleiches Schritt gehalten habe und daß weitere Schritte geplant seien. Die Annahme der Richtlinien erfolgte einstimmig. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats sprach zum Schluß aus, daß die Vertreterversammlung die geschäftliche Arbeit der Verwaltung anerkennt und auch in den Arbeiten des Vorstandes in der Aufwertungsfrage volles Vertrauen entgegenbringt.

Unsere Volksbuchhandlung

Es ist auch in diesem Jahre angefallen sein lassen, auf dem Büchermarkt nur Gutes einzukaufen. Ein Besuch der Volksbuchhandlung und Gewerkschaftsvereine dürfte sich daher schon empfehlen, um sich von der Fülle der Literatur auf allen Gebieten zu überzeugen. Neben billigen unzerstörbaren und leicht zu transportierenden Bildbüchern findet man ferner Bücher von Grimm, Andersen, Bechstein u. v. a. m. Nicht zu vergessen sind die Dichtbücher in ihrer alten Ausstattung wie die Sammlung von Arno Holz, die kleinen Gesammelbände zum Preise von 1,70 M. und die Neuerwerbungen von Peter Stoll, Klasse 1a; Zungenbüchlein von Grottel; Eine Reise mit dem Pumpenrad, von Julius

Verfah und viele andere schöne Sachen. Es würde zu weit führen, alles aufzählen zu wollen.

Als eines der prächtigsten Weihnachtsgeschenke läßt sich jedenfalls eine Mitgliedschaft vom Bücherkreis empfehlen mit seinem fünften Band von Maxim Gorki, Der Sohn der Sonne. Für nur 50 M. im halben Monat erhältlich neben den alle Monat erscheinenden Heften. Politische und gewerkschaftliche Literatur aus allen Gebieten ist ebenfalls in reicher Auswahl neben den sonstigen Romanen und Erzählungen für Jung und Alt vorhanden. Um Erleichterungen zu schaffen, hat unsere Volksbuchhandlung in der Uhlandstraße 31 und in Durlach beim Gen. Stolz, Kelterstraße 13, Filialen eingerichtet, wo man Bestellungen aufgeben kann und auch Bücher zur Ansicht ausliegen. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, aber Solidarität und taucht in Eurem eigenen Geschäft, ihr tut das in Eurem eigenen Interesse.

Von Versailles nach Locarno!

Vor wenigen Tagen hat in London das Werk von Locarno seinen feierlichen Abschluß gefunden. Das deutsche Volk hat allen Grund, sich einmal klar zu machen, was alles an neuerdeutlicher Geschichte hinter diesem Tag steht. Es ist eine bedeutende politische Reise von Versailles bis Locarno gewesen und Herr E. S. Eger, ein Führer der deutschen Friedensbewegung, ist einer der Berufenen, diese Reise zu schildern. Er spricht über das Thema am Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr im Saale der „Vier Jahreszeiten“. Wir bitten unsere Parteigenossen, recht zahlreich zu diesem Vortrag zu erscheinen. Der Eintritt ist frei. R. G. S.

(.) Das Ergebnis der Karlsruher Strahlenmessungen für die Zeppelein-Gesellschaft beträgt etwa 8000 M. Dasu kommen noch namhafte Beträge der Industrie, so daß man wohl mit 18.000—20.000 M. rechnen kann.

* Ein letzter Nihilismus. Hühnerkäse hatte dieser Tage zwei Führer im Volksein, denn zu ihrem größten Erfolge hatte der eine einen Janer von 8 Hund und der andere sogar einen solchen von 10 Hund im Res. Derartige Praxiseispiele sind wirklich Selbheiten.

Arterienverkalkung, ihre Vorbeugung durch Aneuplast. Eine in unserer Zeit sehr häufig vorkommende Krankheitserkrankung ist die Arterienverkalkung. Dies läßt sich mit Sicherheit verhindern aus der großen Nachfolge zu erkennen, um sein Leben lang möglichst zu verhindern, aber es in seinen Anfängen aufzuhalten und zu heilen ist eine dringende Aufgabe aller derjenigen, die sich die Verbreitung der Gesundheitslehren zum Ziele gesetzt haben. Es ist daher zu begrüßen, daß der hiesige Aneuplastverein Herrn Dr. Keller, Kurhausarzt des Schallens, um ein Vortragsheft, für einen Vortrag über dieses seitgemäße Thema am 7. Dezember 1925, abends 7/8 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Schrempf gewonnen hat. Der Besuch dürfte allgemein zu empfehlen sein. Näheres siehe im Infierententeil.

(.) Sonntag-Nachmittags-Konzert in der Festhalle. Das herrliche Winterwetter, die Hoflust der verschiedenartigsten Veranstaltungen, die allgemeine Geduldhaftigkeit in fast allen Schichten der schaffenden Bevölkerung lassen den erhofften Besuch bei diesen Konzerten vermehren. Unter dem Motto „Im Volkston“ hatte die Feuerwehrgesellschaft unter Musikdirektor E. F. F. ein neues, unterhaltendes Programm zusammengestellt. Das Orchester ist so durcheinander, daß es die reiselosen vielden Kompositionen in klarer, einwandfreier Wiedergabe zu Gehör bringt. Trotzdem dürften bei der Größe der Festhalle nur orchestrale Genüsse nicht genügen, um auch das finanzielle Ergebnis befriedigend zu gestalten. Viel Glück zu den weiteren Nachmittagen.

Fußball-Ergebnisse des gestrigen Tages. Stuttgarter Kickers gegen F.C. Freiburg 2:1; Vf.R. Heilbronn—Vf.B. Stuttgart 2:1; F.C. Vöhringen—Sp. Club Stuttgart 2:4 (abgegeben). **Polstische der Kreisliga:** Phoenix Karlsruhe—Baden-Baden 6:2; Vf.B. Karlsruhe—Germania Brösingen 4:2; F.C. 08 Willingen—Sp.B. Freiburg 6:2; T.V. Schramberg—Voslach 3:1; Vf.R. Aalen—Sp.B. Eintracht Stuttgart 3:4; Vf.R. Schwemlingen—Sportfreunde Stuttgart 2:4; Konstanz 1900 gegen F.C. Singen 1:2; Bruchsaler F.Vog. —F.V. Daxlanden gegen T. u. Sp.B. Mühlberg 3:3; Germania Durlach—Union Bödingen 1:5; F.C. Mühlburg—Germania Union Forstheim 12:1; Vf.R. Forstheim—F.V. Bierheim 5:3; Sportfreunde Freiburg—Sp.Cl. Freiburg 1:2.

Kochkünstlerkonzert. Man schreibt uns: Ein harter Winter hat seinen Einzug gehalten und mit ihm sein Bundesgenosse, die Not. In gar vielen Familien denkt man mit Grauen an die Weihnachtsfeier. Wenn wir hierbei an die vielen arbeitslosen Familienmitglieder denken, die gewiß in großer Not sich befinden, so müssen wir aber auch an die vielen Schwermühsen denken, besonders der Kriegsveteranen, sowie an die Kriegsbeschädigten denken, von denen sehr viele auch nicht in der Lage sind, sich auch nur das Nötigste für den Winterbedarf zu beschaffen und es kann gar keine Rede davon sein, daß diese Kerker der Armen ihren Kindern einen Weihnachtsbaum bereiten können. Wir beklagen uns nicht, haben in dankenswerter Weise Herr Chorleiter Kalle von hier, sowie Herr Obermusikmeister Heiffa von hier die Vorbereitungen zu einem Wohltätigkeits-Konzert getroffen, das am Sonntag den 13. Dezember 1925, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, im großen Saale der Stadt, Festhalle hier, veranstaltet werden soll. Der Reinerlös soll reiflos den hiesigen Kriegsveteranen und Kriegsbeschädigten zufließen. Als Mitwirkende haben die Karlsruher Volksbühne bestes bekanntes Kräfte, Herr Selmut Neugebauer vom Nationaltheater in Mannheim und Herr Konzertmeister Bogl vom Landesheater hier bereits zugeagt. Dem Herrn Chorleiter Kalle ist es gelungen, aus mehreren Vereinen der Karlsruher Volksschauspieler einen Chor von circa 400 Sängern zusammenzustellen. Außerdem wird die hier beliebte Kapelle der Vereinten Volksschauspieler von hier unter bewährter Leitung ihres Dirigenten, Herr Obermusikmeister Heiffa, mitwirken. Da sich der Eintrittspreis in mäßigen Grenzen bewegen wird, so darf erwartet werden, daß sich die Karlsruher Bevölkerung aller Stände recht zahlreich bei dem Konzert einfinden und damit dazu beitragen, daß manchem Kriegsveteranen und vielen Kriegswaisen eine kleine Weihnachtsfreude bereitet werden kann. Fr.

Karlsruher Polizeibericht vom 7. Dezember

Brand. In einem Hause in der Mühlstraße geriet an Freitag nachmittags eine auf dem obersten Ofen stehende Wische Bodenwachs in Brand. Beim Löschen des Feuers fing ein Arbeiter eines 23 Jahre alten Dienstmädchens Feuer. Das Mädchen trug hierbei schwere Brandwunden am Körper und an beiden Händen davon, so daß dessen Einlieferung ins Städt. Krankenhaus erfolgen mußte. **Unfall.** Ein 27 Jahre alter led. Lehrer von hier, der anläßlich einer Vereinsfeierlichkeit in einem hiesigen Vereinshaus gestern nachmittags die elektrische Lichtanlage in Ordnung

bringen wollte, fiel hierbei von einer etwa 2 Meter hohen Leiter und brach den linken Oberarm. Der Verletzte fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Vorkaufige Beilegerfrage der Badischen Landesverwalter

für Dienstag, 8. Dez.: Temperaturumkehr, auch in der Ebene allmähliche Erwärmung, Bewölkungszunahme.

Wasserstand des Rheins

Schulderlin 45, gef. 4; Rehl 145, gef. 3; Waxau 326, gef. 6; Mannheim 174, gef. 16 Zentimeter.

Die Provinzialwahlen in Preußen

Eine republikanische Mehrheit. Bei den letzten Provinzialwahlen in Preußen wurden, wie jetzt feststeht, insgesamt 10 515 000 Stimmen abgegeben. Trotz dem Ausfall Groß-Berlins, das nicht mitwählte, sind von zehn und einer halben Million für die drei republikanischen Parteien — der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Demokraten — also die Hälfte, nämlich 5 242 000 Stimmen abgegeben worden! Dagegen hat die Rechte mit den Stimmen der Christlichen nur 3 441 000 Stimmen aufbringen können. Selbst wenn man die Wirtschaftspartei ohne weiteres zur Rechten zählt, erheben sich nur 3 757 000 Stimmen für sie. Auch mit den Stimmen der Kommunisten reicht die rechte „Opposition“ längst nicht an die Stimmenzahl der Republikanischen Parteien heran, bleibt vielmehr auch dann mit 4 658 000 Stimmen noch hinter ihnen zurück! Denn das die für die Rentner, Handwerker usw. abgegebenen Stimmen zur Rechten zu zählen sind, das mag wohl niemand ohne weiteres an behaupten. Und von den rund 370 000 Stimmen der Splitterparteien sind 44 000 Polen, 46 000 Christlich-Soziale, 9000 Unabhängige usw., die bestimmt nicht zu den republikanischen Parteien hinzugerechnet werden können. Es ergibt sich also, daß die Rechtsparteien allen Grund haben, dieses Wahlergebnis durchaus nicht zu ihren Erfolgen zu rechnen.

Sozialdemokratische Partei . . . 2 747 000
Zentrum 2 131 000
Deutsche demokratische Partei . . . 364 000 5 242 000
Rechte 3 757 000
Wirtschaftspartei 132 000
Christlich-Soziale 316 000 3 757 000
Kommunistische Partei 801 000 801 000
Aufwertung usw. 245 000
Splitter 370 000 615 000

Es folgt also daraus, daß — allem Gerübe und Geschrei der Rechts- oder Linksoption zum Trotz — auch diese Wahlen ein ganz eindeutiges und klares Bekenntnis der Bevölkerung Preußens für die Republik, für die heutige Preußenregierung darstellen. Dieses erfreuliche Ergebnis der so stark unter kirchlich-politischen Gesichtspunkten ausgefachten Provinziallandtagswahlen eröffnet für den Ausfall etwaiger politischer Wahlen interessante Aussichten und Hoffnungen.

Aus der Partei

Die Landestagung der sozialdem. Lehrer Badens

Die ordentliche Hauptversammlung der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Badens“ am Samstag, dem 28. Nov., hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen, da aus allen Teilen des Landes die Vertreter der einzelnen Gruppen erschienen waren. Zunächst gab Gen. Oberregierungsrat Kers in großzügiger, das politische Wesentliche unterreichender Weise ein Bild der schulpolitischen Lage. Er führte u. a. aus: Es ist nicht richtig, daß nur heute, unter dem Druck der wirtschaftlichen Not, die Kulturlösung auf Luz komme; es habe in Deutschland auch schon sehr gute Zeiten gegeben, in denen man für Kulturlösungen nichts übrig gehabt habe. Die Arbeiterbewegung habe heute in einem doppelten Kampf: von der einen Seite dränge ihr wirtschaftliche Not, von der anderen Seite wolle man ihr die geistige Freiheit rauben. Redner bedauert, daß man in Norddeutschland so wenig Verständnis für die Form der Simultanklassen habe. Die Kulturlösung stehe in Baden unter harten Umständen infolge der politischen Lage des Zentrums. Von dieser Seite gesehen, würde die große Koalition weniger gefährlich erscheinen. Die Frage der Lehrerbildung sei von gegenwärtigen Kabinett nicht leicht zu lösen. Die Sozialdemokratie halte an ihren Forderungen, die denen des Deutschen Lehrervereins entsprechen, nach wie vor fest. Die Pflicht der Demokraten aus der Verantwortung habe aber für die Lehrerbildung keine günstige Situation geschaffen. (Man rächt sich, daß Herr Hellbach nicht rechtzeitig seine Vorlage gemacht hat!) D. B.) Redner ging auf innerpolitische Fragen ein und schloß mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit von Partei und Soz. Lehrerschaft.

In der Ansprache ergriff zunächst Gen. Ungebeuer, Mannheim das Wort, um über den Inhalt des sozialistischen Gedankens zu sprechen. Gen. E. H. Mannheim begrüßt die Wahl des Gen. K. E. M. zum Unterrichtsminister und erklart, daß die sozialdemokratische Lehrerschaft ihm volles Vertrauen entgegenbringe. Gen. Stieglitz-Durlach meint, die Macht der Kirche sei nur beschränkt in der Weltöffentlichkeit der Lehrer, den Religionsunterricht nicht zu zerschlagen und der Massen, die Pflicht hätten ihrer wahren Überzeugung durch Kirchenaustritt Ausdruck zu geben. Gen. Schmitt-Hedelberg ist unbedingt festgehalten werden. Schmitt-Mannheim spricht über Intensivierung der inneren pädagogischen und politischen Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft. Darauf ergriff Gen. Landtagsabg. Reinhold, der Landesvorsitzende der SPD, der der Tagesanbahn, das Wort zu früheren Ausführungen. Er ging aus von der Reichspolitik, glaubt nicht, daß vorerst ein Reichsschulgesetz zustande kommen werde. Darauf beschloß er sich eingehend mit der Frage der Reichsministerbildung. Die Sozialdemokratie stehe nach wie vor auf dem Boden der Weimarer Koalition. Wir betrachten die Besetzung des Unterrichtsministeriums und die Frage der Lehrerbildung als Hauptfrage. Die Demokraten haben keine Veranlassung, sich aufs hohe Ross zu setzen; sie hätten sogar in Fragen, die jetzt nicht nach den Wünschen des Zentrums geregelt seien, in den Verhandlungen erklärt; darüber lasse sich noch reden. Das gelte auch für die Unterstellung des Hochschulreferenten unter den Ministerialdirektor. Wie lange der gegenwärtige Zustand dauern werde, könne nicht gesagt werden. Auf jeden Fall werde Minister Kommele auch im Unterrichtsministerium seine Pflicht so gut erfüllen wie er es als Innenminister vorbildlich getan hat. Wenn alle badischen Unterrichtsminister mit der Energie gearbeitet hätten, wie das von Seiten der Sozialdemokratie gewünscht wurde und auch Unterstützung gefunden hätte, so wäre vielleicht manches anders gesungen in den letzten Wochen. (Starke Zustimmung.) Die Sozialdemokratie treibe Schulpolitik nicht durch schöne Reden, sondern durch Taten.

Darauf ergriff Gen. Haebler den Tätigkeitsbericht. Aus ihm geht hervor, daß die Organisation in diesem Jahre

unter vieler Mühe und Kleinarbeit aufgebaut wurde und heute als Grundlage weiterer Entwicklung fest genügt. In der Aussprache ist Gen. Frank-Mannheim mit verschiedenen nicht aufrieden, er wünsche stärkere Vereinfachung der Arbeit. Wir müßten den Teil des sozialistischen Menschen herausarbeiten. Genosse Wieser-Karlruhe Schmidt-Heidelberg, Neer-Weingarten, Grimm-Planstadt haben gegen den Tätigkeitsbericht nichts einzuwenden. Insbesondere wenden sie sich gegen einen Antrag beim Vorstand, der den Sitz des Vorstandes nach Mannheim verlegen will. Gen. Haebler weist in seinem Schlusswort darauf hin, daß die Kritik Franks von falschen Voraussetzungen ausgehe, die Vertiefung der Arbeit könne niemals in einer Zentrale geleitet werden, sie müsse aus der geistigen Haltung der einzelnen Gruppen herauswachsen. Eine Zentrale könne stets nur organisatorische Arbeit leisten. Für den Kassenbericht wird Entlastung erteilt. Die große Mehrheit lehnt die Verlegung des Vorstandes nach Mannheim ab; der alte Vorstand wird weiter in seinem Amt bestätigt. Ueber technische Verbesserung der Organisation soll im Frühjahr Beschluß gefaßt werden.

Eine Reihe von Resolutionen werden angenommen, darunter eine die sich mit Vervollständigung und eine die sich mit dem anmahenden Verhalten der Heidelberger Studentenschaft befaßt. Eine Reihe weiterer Resolutionen bezieht sich auf die innere Arbeit der Organisation.

Bermischtes

Festnahme eines Desbandanten

Nagaz, 5. Dez. Durch Vermittlung des Polizeipostens von Nagaz gelang es, in Landquart einen von der Kriminalpolizei in Nürnberg wegen Unterschlagung von 100 000 Reichsmark geflüchten Portier zu verhaften. Er wurde dem Landlägerkommando in Chur zugeführt, wo er seiner Auslieferung an die deutsche Behörde entgegenseht.

Schweres Lawinenunglück

Füssen, 5. Dez. Ein schweres Lawinenunglück ereignete sich in den letzten Tagen in Füssen in Tirol. Etwa 30 Mann wurden im Bergtal von einer Lawine überrollt. Fünf Mann wurden vom Wirbel in die Tiefe gerissen. Während drei Mann der Kolonne sich selbst wieder herausarbeiten konnten, wurden zwei weitere als Leichen aus dem Schnee geraden.

Räuberunwesen in Pommern und Mecklenburg

Stettin, 6. Dez. Aus Pommern und Mecklenburg werden neue Nachrichten über zahlreiche verübte Räuberzuege bekannt. Die Polizei veranfaltete auf dem Lande eine große Razzia, wobei mehrere Verdächtige in Schmittelfaßene festgenommen und eine große Menge Diebesgut beschlagnahmt wurde. In Disten im Kreis Friedland wurde der Einbrecher Joseph Nickel gefaßt und, da er zur Schwabmuffe arif, von dem Beamten erschossen; vier seiner Diebeszellen wurden verhaftet.

Überall strenge Kälte

Berlin, 5. Dez. Laut „Berliner Tageblatt“ sind in der vergangenen Nacht an verschiedenen Stellen Berlins 15 Grad Kälte gemessen worden. Nach einer Meldung aus Stettin trägt das dort eine etwa 5 Zoll dicke Eisschicht. Auf der Dülse zwischen Rügen und Stralsund herrscht hartes Treibeis, so daß die Schifffahrt behindert wird.

München, 5. Dez. Nach dem Bericht der bayerischen Landeswetterwarte wurden in der Nacht zum Samstag, nachdem Aufklärung eingetreten war, durch Ausstrahlung stellenweise ganz außergewöhnliche Kältegrade erreicht. In München Stadt wurde ein Temperaturminimum von -17 Grad gemessen, in Rosenburg -26 Grad und in Schleißheim sogar -27 Grad.

Bern, 5. Dez. Die Schifffahrt auf der Donau wurde heute wegen Eisganges einestell.

Bern, 5. Dez. Im Schweizer Jura verzeichnete man in den letzten Tagen außergewöhnliche niedrige Temperaturen. In Chaux de Fonds sank das Thermometer auf 25 Grad unter Null und in la Brevine auf 34 Grad unter Null.

Rom, 6. Dez. In ganz Italien ist die Temperatur nachts unter Null gefallen. In Florenz zeigte das Thermometer minus 4 Grad, in Parma minus 10, in Rom war am Tage 4 Grad Wärme, des Nachts 4 Grad Kälte, in Sulmona liegt 80 Zentimeter Schnee. Auch aus Soranus und Castellana werden Schneefälle gemeldet. Seit 3 Tagen herrscht auf dem adriatischen Meer ein schwerer Sturm.

Budapest, 7. Dez. Infolge der vorgezogenen Stürme und Schneeverwehungen wurden auf mehreren Linien der Staatsbahnen Verkehrsstörungen hervorgerufen, die nicht nur zu Verspätungen führten, sondern auch die Abstellung von Zügen zur Folge hatten. Nach Meldungen, die bei der Staatsbahndirektion eingelaufen sind, bewegen sich die Temperaturen zwischen minus 23 und 28 Grad. Diese außerordentliche Kälte hat ebenfalls die Einstellung von Zügen veranlaßt, da ganze Garnituren einzufristen drohten.

Lezte Nachrichten

Um eine neue Reichsregierung

(Eigener Kundendienst)

Berlin, 7. Dez. Als Vertreter der sozialistischen Reichstagsfraktion werden heute vormittag um 10 Uhr die Genossen Hermann Müller und Wilhelm Dittmann vom Reichspräsidenten empfangen werden. Da sowohl die Fraktion, als auch der Parteiaussschuß noch nicht actat haben, dürften sie dem Reichspräsidenten endgültige Erklärungen nicht abgeben.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei des Reichstags taat entweder heute oder am Dienstag vormittag. Sie hat sich bisher bekanntlich nur zu dem Austritt der Deutschen Nationalen aus der Regierung positiv geäußert, während eine Stellungnahme zur Großen Koalition bis jetzt weinlich vermieden wurde. Auf der letzten Tagesordnung ist nun ausdrücklich die „Stellungnahme zur Großen Koalition“ vermerkt und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist als Parteiführer beider Sollnung, seine Fraktion mit einer verhältnismäßig großen Mehrheit für die große Koalition zu gewinnen.

Die „Welt am Montag“ schreibt unter dem Titel: „Große Koalition — Grobrennemachen!“ zur Frage der Regierungsbildung:

„In der Großen Koalition wäre die Sozialdemokratie die stärkste Partei und hätte schon dadurch, wenn sie nicht etwa in der Auswahl ihrer Leute ungeschickt wäre, großen Einfluß. Sie könnte vor allem die Initiative zu einigen Maßnahmen ergreifen, die uns unerlässlich erscheinen, wenn nicht der Erfolg unserer äußeren Politik durch innere Ereignisse verhindert werden

solll. Mit erfreulicher Bestimmtheit hat Severino Solanae er auf seinem Platte steht, aße es keinen Putsch, Wir haben hohes Vertrauen zu ihm, der sich unschätzbare Dienste um die Festigung der Republik erworben hat. Aber in Madlenburg hat er nichts zu sagen und in Baven erst recht nicht. Außerdem — eine personelle Garantie ist viel wert, aber es scheint uns wesentlich, daß sie durch materielle Garantien ergänzt werden. Waffenlager auf Waffenlager, gekleine Rechtsorganisationen werden entdedt. Nach den Funden in Ostpreußen weiß man von einem neuen in Gölzig zu berichten. Was wird mit den Waffen? Nie ließt man von ihrer Vernichtung. Was wird mit den Verbergern der Waffen? Fast nie ließt man von ihrer Bestrafung, wenn es sich nicht mal ausnahmsweise um Kommunisten handelt. Und vor allem — die Waffen werden immer nur durch Zufall gefunden. Wieviele mögen noch verborgen sein? Die akute Putschgefahr ist überwunden, die chronische bleibt bestehen, solange nicht die Rechtsverhältnisse restlos entwaffnet sind. Dazu bedarf es einer systematischen Aktion von Reichs wegen, namentlich auf dem platten Lande. Ein Gesetz etwa folgenden Inhalts: Aufforderung bis zu einem bestimmten Termin alle illegalen Waffen abzuliefern, Aufhebung von Straffreiheit, wenn bis zu diesem Termin abgeliefert wird, hohe Prämien für die, die auf solche illegalen Waffenlager aufmerksam machen, sofortige Vernichtung aller festgestellten illegalen Waffen. (Nicht etwa Aufhebung bei irgendwelcher Behörde, deren Gewahrsam sie allzu leicht wieder entzogen werden könnten.) Das ist ein Notgesetz zum Schutze der Republik, auf dem die Sozialdemokratie bestehen sollte. Freilich wirksam nur bestehen könnte, falls sie in die große Koalition einträte. Und das andere, das uns ebenso nötig erscheint, das ist das von der Sozialdemokratie bereits beantragte, aber von der republikanischen Regierung bekämpfte Amendement zum Landesvertragsparagrafen.

Admiral Brüninghaus als Nachfolger Dr. Gessler's?

(Eigener Kundendienst)

Berlin, 7. Dez. Ein Berliner Montagsblatt meldet, daß der in der Deutschen Volkspartei stehende Admiral Brüninghaus als Nachfolger des Reichswehrministers Dr. Gessler in Frage kommt. Gleichzeitig wird behauptet, daß die demokratische Fraktion ihrem Parteifreund Gessler nahegelegt

habe, sich nicht mehr als demokratischer Vertrauensmann zu betrachten.

Wenn in der Tat Herr Brüninghaus als eventl. Nachfolger des Reichswehrministers Dr. Gessler in Aussicht genommen sein sollte, so hieße das, daß die Republik vom Regen in die Traufe geraten würde. Herr Brüninghaus ist ein Scharfmacher in der Deutschen Volkspartei und das besonders auf dem Gebiete militärischer Fragen. Herr Brüninghaus hat in den letzten Jahren vor dem Kriege lange Zeit dem Reichsmarineamt als Abteilungschef angehört.

Vorwärts im Werte der Verständigung?

(Eigener Kundendienst)

London, 7. Dez. Im „Observer“ schreibt der Chefredakteur, ein persönlicher Freund des englischen Außenministers, über die Auswirkungen der Friedenspolitik, daß die Weisungspolitik im Rheinland möglichst rasch und vollständig liquidiert werden müsse, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Die längere Aufrechterhaltung der Weisung sei mit einem wahren Frieden nicht in Einklang zu bringen und nur ein Ausbittsmittel zur Sicherung, das befeitigt werden müsse, nachdem wirksamere Sicherungen geschaffen worden seien. Das nächste große politische Problem, das eine Lösung erfordere, sei die Abriistung. Eine wirksame allgemeine Abrüstung könne erst erfolgreich in Angriff genommen werden, nachdem der Spannungsstand zwischen England und Rußland befeitigt sei.

Schweizer Volksabstimmung zu Gunsten des Sozialversicherungsgesetzes

Bern, 6. Dez. Die Gesetzesvorlage, die die Einführung einer Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vorsieht, wurde heute in einer allgemeinen Volksabstimmung mit rund 395 000 gegen 211 000 Stimmen und mit der großen Mehrheit der Kantonstimmen angenommen. Die Beteiligung betrug etwa 60 Prozent. Sie ist von der großen Kälte in den Gebirgsregionen ungünstig beeinflusst worden.

Die praktischsten und billigsten Weihnachts-Geschenke

sind

Stoffe

in allen Abteilungen

bedeutende Preisermäßigung

Herrenstoffe

Serie I	Mk. 2.50
Serie II	3.50
Serie III	5.00
rein Kammgarn-Cheviot	11.00
rein Kammgarn	Mk. 18.00 15.00
Ulsterstoffe	Mk. 6.75
Hosenstoffe	
Westenstoffe	

Baumwollwaren

Flanell	Mk. 0.60
Flanell	0.75
Leinenzefir	0.68
Flockkörper, 80 cm	0.95
Velour, bedruckt	Mk. 0.95 0.85
Schürzen, 116 cm	Mk. 1.15
Kleiderflanelle, kariert	1.00
Zwinstoff, 100 cm	1.50
Mousseline, Baumwolle von	Mk. 0.75 an
Bettuchbiber	1.70 an
Zwirnstoffe, 100 cm	1.50

Damenkleiderstoffe

Halbwolle	von Mk. 1.00 an
Blusenstoffe	1.00
Cheviot, reine Wolle	1.95
Cheviot, 130 cm breit	3.75
Blusenstreifen, rein Wolle	2.00
Popeline, rein Wolle	2.75
Gabardine, 130 cm	5.00
Schotten	von Mk. 1.20 an
Kostümstoffe, 130 cm	2.00 an

Mantelstoffe

Flausch	Mk. 5.00
Velour de laine	7.90
Mantelstoffe, gemustert	5.00
Pelzimitation in größter Auswahl	

Seidenstoffe

Wachseide	Mk. 2.75
Crépe maroc.	4.90
Crépe maroc., Wolle m. Seide	6.90

Decken

Jacquarddecken / Kamelhaardecken	
Stepdecken / Reisedecken	
Gardinen, abgepaßt und am Stück	

Handtücher / Gläsertücher / Tischtücher / Servietten / Taschentücher / Wischtücher
Frottierwäsche / Putztücher / Farbige Tischzeuge in großen Sortimenten

Leipheimer & Mende

Sie haben vergessen

Ihre Garderobe

bei Ihrem Schneider oder Schneiderin für die kommenden Feiertage zu bestellen

Noch ist es Zeit!

Die jetzigen Preise sind sehr vorteilhaft und den Verhältnissen angepasst

Wählen Sie Maß-Kleidung

Sie wollen doch sicher vornehm und gut gekleidet sein

In jedem Maßgeschäft für Schneiderei

finden Sie ein grosses Stofflager oder Musterkollektionen vor, wo Sie Ihrem Geschmack entsprechend Auswahl finden werden

Die gesamte Herren- u. Damenschneiderei von Karlsruhe und Vororte

Schlittschuhe

Werden fachgemäss geschliffen bei **Karl Hummel** (Stahlwarenspesial-Gesch. Werderstr. 13)



Christbäume

sind eingetroffen im **Kaisergarten** Kaiserstr. 23

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Ämliche Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Südd. Tee-Export Erwin Josenhans in Karlsruhe und deren Alleinbauers Erwin Josenhans, Kaufmann hier, wurde heute am 3. Dezember 1925, vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin ihre Zahlungsfähigkeit eingekündigt hat. Der Rechtsnachfolger Otto Weil in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. Januar 1926 bei dem Gericht anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gericht zur Berücksichtigung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Angelegenheiten und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 19. Jan. 1926, vormittags 9 Uhr, Akademiestr. 6, 2. Stock, Zimmer 246. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schulden, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Berücksichtigung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Verbindlichkeiten in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Januar 1926 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 3. Dezember 1925. Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 3

Karlsruhe.

- 1. Müller Gustav, Kaufmann, Karlsruhe und Helene geb. Joanni. Vertrag vom 27. November 1925. Gültertrennung. 30. 11. 25.
- 2. Bischof Max, Bädermeister, Karlsruhe und Pauline geb. Haas. Vertrag vom 23. November 1925. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehaltsvertrag der Frau. 30. 11. 25. Bad. Amtsgericht B 2.
- 3. Internationales Transports-Kontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Baden). (Handelshof.) Gegenstand des Unternehmens: Internationale Expedition Rhein- und Seetransporte, Lagerung, Verzollung, Transportversicherung, Unterhaltung von Sammeladungen und Transitverleihen, Beteiligung an gleichartigen und ähnlichen Unternehmungen, Übernahme von Vertretungen solcher Unternehmungen. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Heinrich Schiffmayer, Kaufmann, Karlsruhe, Alois Cantz, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Juli 1925 festgestellt und am 21. November 1925 in § 1 (Firma) geändert worden. Ein mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem jeweiligen Amtsblatt für den Amtsbezirk Karlsruhe. 1. 12. 25.
- 4. Mondorf u. Kellert, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Auf Grund des Gesellschaftsvertrages vom 30. November 1925 ist das Stammkapital infolge Umstellung auf 600 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 (Stammkapital) und 10 (Stimmrecht) geändert. 1. 12. 25.
- 5. "Pharmala" Vertriebs- und Betriebs-gesellschaft pharmazeutischer Präparate mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 22. November 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst. Buchhalter Max Schubert, Karlsruhe ist als Liquidator bestellt. 3. 12. 25. Bad. Amtsgericht B 2.

Karlsruhe. Handelsregister-Einträge.

- 1. Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank, Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptst. Berlin. Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluss der Generalversammlung vom 20. Oktober 1925 ist das Grundkapital um 2 000 000 RM auf 4 000 000 Reichsmark erhöht worden durch Ausgabe von 20 000 auf den Inhaber lautende Stammaktien über je 100 Reichsmark zum Kurse von 100 Prozent. Der Gesellschaftsvertrag wurde in den §§ 1 (Schreibweise der Firma) und 5 (Grundkapital) geändert. 26. 11. 25.

Preis 1/2 Pf. nur 50 Pf. Überall erhältlich



Wenn die leckeren Weihnachtsstollen Fett und fein geraten sollen, Kommt man heut' Auch wenn man reich nur noch

Rahma

MARGARINE
buttergleich

Die besten Rezepte für allerlei Weihnachtskuchen, Torten u. Gebäcke finden Sie in Nr. 3 der Kinderzeitung "Der kleine Coco", die beim Einkauf von "Rahma-buttermilch" gratis verpackt wird.

Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie dieser Zeitung die Inserenten

Einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend, wird die

Städt. Sparkasse Karlsruhe

— bereit verschärfte — bei Ihren bewährten Spargelder-Annahmestellen:

- A: Drogerie Ludwig Böhler, Raucherstr. 14
- B: Drogerie Wilhelm Hofmeister, Philippsstr. 14
- C: Weißwarengeschäft Karl Holzschuh, Werderstr. 43

Giro-Gelder-Einlagen

zur Aufsicht auf ein bereits bestehendes Giro- oder Kontokorrentkonto annehmen. Diese Giro-Gelder-Einlagen werden in der gleichen Weise ausgeführt wie wenn sie bei der Sparkasse-Girokasse selbst eingezahlt wären.

Wir bitten jedoch die Einzahlser, zu beachten, daß es sich nur um Einzahlungen handeln darf, über die nicht sofort wieder verfügt wird, da die Überweisung von der Annahmestelle nicht immer sofort an die Sparkasse weiter geleitet werden kann, daher empfiehlt es sich in eiligen Fällen, die Einzahlung bei der Girokasse selbst zu tätigen. 2354

Städtisches Sparkassenamt.

Durlacher Anzeigen.

Gemeinde-, Kreis- u. Gebändefordersteuer. Am 2. ds. Mts. war eine weitere Rate der Gemeinde- und Kreissteuer sowie der Gebändefordersteuer für das Rechnungsjahr 1925 zur Zahlung fällig. Es ergeht nunmehr an diejenigen Schuldner, welche mit diesen Zahlungen im Rückstand sind, die öffentliche Aufforderung, bis längstens 12. ds. Mts. Zahlung zu leisten. Wer diese freit verpaidet, hat den gesetzlichen Zuschlag zu entrichten und außerdem die Kosten des Vollstreckungsverfahrens zu tragen. Bargeldlose Zahlung ist erwünscht. Durlach, den 7. Dezember 1925. 2353

Rastatter Anzeigen.

Bergebung von Fuhrleistungen.

Die von der Stadtverwaltung Rastatt im Jahre 1926 benötigten Fuhrleistungen werden im Submissionswege vergeben. Schriftl. Angebote mit der Aufschrift "Angebot auf Fuhrleistungen" sind bis höchstens Mittwoch, den 9. Dezember ds. J., nachmittags 5 Uhr hier einzureichen. Die Bedingungen liegen auf Zimmer Nr. 10 des Rathauses auf. Dasselbst sind Angebotsformulare erhältlich. Rastatt, den 4. Dezember 1925. Der Oberbürgermeister.

Plakate

aller Art liefert rasch und billig. Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H. Luisenstr. 24, Telefon 129

Reinigung der Gasgeräte.

Die Firma J. S. Becker hat hier im Hause Wittichstr. 18, Telefon 6793 das erste Karlsruher Reinigungsinstitut für Gasapparate gegründet und beabsichtigt, die regelmäßige Reinigung von Gasgeräten aller Art im Abonnement durchzuführen. Wir haben hiergegen nichts einzuwenden, halten es vielmehr im Interesse der Gasabnehmer liegend, wenn deren Gasapparate in regelmäßigen Abständen einer gründlichen Reinigung unterzogen werden. Eine Überwachung dieser Reinigungsarbeiten ist von uns durch Vornahme von Stichproben beabsichtigt. Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, daß die oben genannte Firma nicht im Auftrage des Gaswerks handelt. Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, das Gasgeruch und Störungen im Gasnetz nach wie vor beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, Kaiserallee 11, anzumelden sind. In die Ursache der Störung in den Einrichtungen des Gaswerks begründet, so werden die Störungen durch Personal des Gaswerks kostenlos beseitigt, andernfalls wird der Abnehmer darauf aufmerksam gemacht, daß ein Privatinstallateur gerufen werden muß. Karlsruhe, den 4. Dezember 1925. 2355

Versteigerung

Freitag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr werden im Saal der Oberpostdirektion, Eingang Stephankirche, einige im Realpostbetrieb nicht mehr verwendbare Postwagen meißelnd versteigert. Beschichtigung auf dem Steigerungstermin am 10. Dezember vormittags. Das Nähere wird vor dem Versteigerungstermin bekannt gegeben. Oberpostdirektion

Piano
modern,
kreuzsaitig, fast
neu, sehr preiswert
Zahlungsanleihe

Lang
Kaiserstraße 107
Salamander 100
Schuhhaus

Bad. Amtsgericht B 2.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 128 Spezial-Haus für Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigster Berechnung Grosse Auswahl

Sozialdem. Verein Karlsruhe
Frauensektion.
Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr
findet in der „Gambriunshalle“ eine
Frauen-Versammlung
statt. Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Genosse Dr. Kahn über
Lohnfragen.
2. Wahl der Delegierten zur Frauenkonferenz.
Die Genossinnen werden um zahlreiches Erscheinen
erhalten, ebenso sind die Genossen und Volkswen-
derer eingeladen. 6678

Protestkundgebung
am
Montag, 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr
im großen Saale des „Friedrichshof“.
Beamte

euer Schicksal liegt in eurer Hand!
Schöne Worte statt Brot bietet euch die
Reichsregierung. Die drückende Not der
unteren Besoldungsgruppen ist auch der
Reichsregierung bekannt. Trotzdem zeigt
sie euch die kalte Schulter. Seid ihr damit
einverstanden? Wollt ihr weiter den Staat
großhängern, wenn für die Großindustrie
und die Großagrarier Millionen für Kredite
vorhanden sind? 6679

Auf zur Protestkundgebung am Montag
den 7. Dezember im „Friedrichshof“!
**Soziale Arbeitsgemeinschaft der
unteren Besoldungsgruppen.**

Sahnemannia, Homöop. Verein Karlsruhe
Mittwoch, 9. Dezember, abends 8 Uhr,
im Saale der „Vier Jahreszeiten“, Hebelstr. 21,
Vortrag
der Frau Dr. med. Einb-Heidelberg
über:
**Atmung und
hygienisch. Turnen**
mit praktischen Vorführungen durch drei Atem-
schreierinnen. Es wird gezeigt, wie Krämpfe, Rücken-
- und O-Beine usw. durch Turnen beseitigt werden
können. — Eintritt für Mitglieder homöopathischer,
Naturheil- und Knappvereine gegen Ausweis 30 Bgl.,
für Nichtmitglieder 50 Bgl. 6676

Mietervereinig. K'ruhe
Haltestelle der Straßenbahn Reichsstraße

Residenz-Lichtspiele Waldstraße
Telephon 6411
Heute!
Fat und Fatsohory
und die
kleine Tänzerin
6 Akte
Ferner:
„Jimmy macht in Oel“
Der Radio-Hund
Deutsche Meister am Start
Sportfilm
Aktuelle Filmbewertung
aus aller Welt

„Zum Strauß“ Berder-
straße 88
Jeden **Schlachttag**
Guter Mittagstisch
im Abonnement 80 Bgl.
H. Hausgemachte Würstwaren
Schrempf-Pring-Biere — Münchener Haderbräu.
Es ladet freundlichst ein 309. Stengel.

COLOSSEUM
täglich abends 8 Uhr.
Die Wiener Kammeroperette.
Dir u. persönl. Mitwirkung O. H. Norden.

Was ist Ultraphon ?
Die bedeutsamste
Erfindung auf dem
Gebiet der Ton-
reproduktion.
Die neue alles um-
wälzende Sprech-
maschine.
Einige Urteile
Berliner Tageblatt: . . . eine entscheidende Wendung auf
dem Gebiete der Tonerzeugung
Kammersänger Leo Slezak, Wien: . . . Ich stand wie vor einem
Wunder. Einen derartigen überwältigenden Fortschritt in der
Wiedergabe hatte ich trotz mir vorher gewordener Schilderungen
nicht erwartet. . . . Neben Ultraphon verblüht jeder andere mir bis-
her bekannte Sprechapparat und ich werde Platten nur noch auf
Ultraphon spielen, was jeder tun wird, der diesen Apparat ein-
mal gehört hat.
Alleinverkauf
Fritz Müller, Musikalienhandlung, Karlsruhe
Kaiser-, Ecke Waldstraße / Telefon 388
Spezialgeschäft für Sprechmaschinen u. Schallplatten
Beachten Sie bitte die kommende Anzeige 6682

Spezialbehandlung
von
Beinkranken
(Flechten, Geschwüre, Krampfadern,
Plattfuß, Gicht, Ischias, Rheuma, Gelenk-,
Knochen- und Nagel-Krankheiten)
Sprechstunden: Werktags 1/9—1/11 und
1/3—1/6 Uhr. Jeden L.
3. u. 5. Sonntag im
Monat von 9—5 Uhr
Dr. med. E. Schmitt
Spezialarzt für Beinleiden
Karlsruhe, Vorholzstr. 9, I.
Ferner:
Behandlung von Asthma, Bettlägeren,
Bruch- und Kropfleiden
ohne Operation

Geschäftsverlegung.
Meiner werten Kundschaft sowie bereit-
willigstem zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein
Lebensmittel-Geschäft
von Adlerstraße 27 nach
Adlerstraße 32
verlegt habe.
Spezialitäten: Wollerei-Produkte, Stutt-
garter Backwaren, Obst, Gebäck, Rot- und
Schwein, Eßöle, sämtliche Meise und Butter
aus der Weingroßhandlung Adolf Jöllin,
Karlsruhe und Badenweiler.
Im geeigneten Fußrad bittet
Ludwig Haug, Adlerstr. 32.

Kneipp-Verein
Karlsruhe
Heute Montag, 7. Dez-
abends 1/9 Uhr im
Saal III
Brauerei Schrempf
Vortrag
des Herrn Dr. Keller
Kurhausarzt des Sebastianen aus Bad.
Wörthhofen, über:
**Arterienverkalkung, ihre Vor-
beugung durch die Kneippkur.**
Mitglieder haben gegen Vorsehen der
Mitgliedskarte freien Eintritt, von Nicht-
mitgliedern wird Mk. 1.— erhoben.
Die Vorstandschaft.

Kantgesellschaft.
Freitag, 11. Dezember, abends 8 Uhr
im großen Hörsaal des Aula-Bauwerkes der
Hochschule (Englerstraße):
Professor Dr. Fedor Stepan
aus Moskau, z. Z. Dresden: 6677
Stiel und Seele des russischen Bolschewismus
Unkostenbeitrag für Nichtmitglieder:
Mk. 2.50 und 1.50, für Mitglieder der
Kantgesellschaft und der Gesellschaft
für geistigen Aufbau Mk. 1.25 und 0.75;
für Studierende Mk. 0.50.
Vorverkauf in der Geschäftsstelle,
Metzlersche Buchhandl., Karlsruh. 13.

Baumaterialien-Großhandlung
Julius Graf & Cie. d. M. d. H.
Telef. 1926 Karlsruhe Grünwinklerstr. 6
Alle Sorten Baustoffe
Dyckerhoff Cement, Wiesloch Dachziegel,
Hourdis, feuerfeste und Chamotte-Steine,
Asphalt und Dachpappen usw., Steinzeug-
röhren, Cementröhren, alle Kanalis.-Artik.
Ausführung von Platten-Arbeiten
alle Sorten Boden- u. Wandplatten f. Haus-
gänge, Küchen Bäder, Restaurants, Läden,
Kühlanlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen.

MUSIK
Instrumente
sind Geschenke von
bleibendem Wert
*
Große Auswahl
niedere Preise
Teilzahlung
im größten
Spezialgeschäft
ODEON
Johs.
HAUS schallte
Karlsruhe
Halsersstr. 175

Seltene Gelegenheit
Einzelverkauf zu Engros-Preisen
Nur solange Vorrat:
**Anzüge, Sportanzüge, Mäntel,
Gummimäntel, Beinkleider,
Windjacken, Lederjacken,
Berufskleidung, Arbeiterkleidung
Kinder- und Burschenanzüge**
Beste Paßform und Verarbeitung, erstklassige Stoffe
zu niedrigsten Engros-Preisen
Verkauf an Jedermann nur im
Engros-Haus für Herrenbekleidung
B. Borgwardt & Co.
Karlsruhe-Beiertheim
Maria Alexandrstr. 15
Haltestelle der Straßenbahn Reichsstraße

Möbelfabrik Gebr. Klein
Lager: Durlacherstr. 97 / Fabrik: Ruppurrerstr. 14
empfiehlt **Herrensinner, Speisesinner
Schlafzimmer und Küchen.**
Einzelabgabe jedes Stück. 5174
Erstklassige Qualität auch bei einfachen Ausführungen sowie
Nachlieferung passender Stücke, ohne Mehrpreis. Große Auswahl
in fertigen Betten und Polstermöbeln. Fachmännische Bedienung
und Beratung! Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung!

Soeben erschienen!
Unentbehrlich für jeden Funktionär

**Protokoll
des Parteitages
und der
Frauenkonferenz
Heidelberg
1925**
Mit dem in Heidelberg angenommenen
Parteiprogramm und Organisationsstatut.
Preis 3,50 M.
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43 Telefon 3701